



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 9

September 1971

Editorial

S. 2

Sudan

Ein Dokument, das Numeri belastet

S. 3 - 5

Kapverdische Inseln

Eingabe Hamilcar Cabral,
Generalsekretär der PAIGC

S. 5 - 7

Bolivien

Hintergründe eines Putsches

S. 8 - 9

Südkorea

Die unmenschlichen Barbareien, Folterungen und Morde
des US-Imperialismus und der Marionetten-Clique
um Pak Jung Hi in Südkorea

S. 10 - 13

Indochina

Japan - Vereinigte Staaten
gemeinsame Herrschaft in Asien

S. 13 - 16

Südafrika

R. Molteno: Afrika und Südafrika (1. Teil)

S. 16 - 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen".

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltssystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto
Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches

Informationsbulletin

10/71

bringt u.a.:

Angola

Dokument der MPLA zur Abgrenzung
gegen GRAE

Südafrika

2. Teil von R. Molteno
Afrika und Südafrika

DRV

Entwicklung der Landwirtschaft

Onile

Botschaft des Präsidenten
S. Allende an den Kongress

Redaktionsschluß für diese Nr.
war der 5.9.71

SUDAN

Am 19. Juli stürzten progressive Offiziere unter General Atta General Numeri durch einen Putsch und unternahmen den Versuch, eine prokommunistische Regierung zu errichten. Schon drei Tage später erfolgte der Gegenschlag durch andere Militärs, der Numeri zurück an die Macht brachte und der zu den massiven blutigen Verfolgungen der progressiven Kräfte im Sudan, vor allem der Kommunisten führte.

Den Hintergrund für diese Ereignisse bilden zweifellos die Probleme, mit denen der Sudan seit der 1955 erreichten Unabhängigkeit zu kämpfen hatte: Die ehemalige britische Kolonialmacht hinterließ dem neuen Staat eine von feudalen Elementen geprägte Gesellschaftsstruktur, eine einseitig auf die Baumwollkultur ausgerichtete Produktion und dadurch bedingte starke Abhängigkeit von Importen aus imperialistischen Ländern und gering entwickelte Produktivkräfte; mangelhafte Infrastruktur; stark überfremdeten Handel. Weitere Schwierigkeiten entstanden durch Stammesgegensätze und durch den von den Briten systematisch genährten Gegensatz zwischen dem völlig unentwickelten afrikanischen Süden und dem arabischen Norden. Dieser Gegensatz, der als religiöser Konflikt zwischen Christen und Moslem in Erscheinung trat, führte zu dauernden separatistischen Bestrebungen der Südpfeile.

Im Mai 1969 übernahmen progressive Militärs unter General Numeri die Macht, nachdem die feudale-bürgerliche Oligarchie gezeigt hatte, daß sie mit den herkömmlichen Mitteln, d.h. auf kapitalistischem Weg, nicht in der Lage war, die Probleme des Landes zu lösen. Ebenso wie andere arabische Länder schlug der Sudan den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg ein: Die Macht der Feudalen, darunter einiger reaktionärer islamischer Sektenführer wurde u.a. durch Bodenreformmaßnahmen beschnitten. Nationalisierungen und die Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors drängten die Macht des ausländischen Kapitals zurück. Die Konzeption einer vollen Autonomie für den Südsudan zeigte, daß Numeri bereit war, dieses Problem auf nicht militärische Weise zu lösen. Die anti-imperialistische Außenpolitik war gekennzeichnet von der Zusammenarbeit mit progressiven arabischen Staaten und guten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Die Regierung stützte sich zunächst auf all die Kräfte, die an der national-demokratischen Revolution interessiert waren, einschließlich auf Teile der nationalen Bourgeoisie, die von den Nationalisierungsmaßnahmen nicht betroffen waren und auf die Organisationen der Arbeiterklasse, wie Gewerkschaften und Kommunistische Partei, die ihre Massenbasis in der Arbeiter- und Bauernschaft ständig ausdehnte.

Doch schon nach einem Jahr zeigten sich Meinungsverschiedenheiten über die weitere Gestaltung der Entwicklung des Landes. Es entstand ein offener Gegensatz zwischen einer Gruppe Militärs um General Numeri auf der einen Seite und anderen Mitgliedern des Revolutionären Kommandorates und Funktionären der Kommunistischen Partei auf der anderen, die Numeri vorwarfen, seine Politik gerade in Gegensatz zu den Prinzipien der Mairevolution. Die Lage verschärfte sich durch zunehmende Unruhen im Südsudan, die verstärkt von außen geschürt wurden. Diese innenpolitische Situation führte dazu, daß General Numeri im November 1970 einige Mitglieder aus dem Revolutionären Kommandorat und der Regierung entfernte. Diese versuchten dann am 19. Juli unter Führung General Attas, durch einen Putsch den Führungswechsel herbeizuführen, wobei es erwiesen ist, daß die Kommunistische Partei Sudans nicht an diesem Putsch beteiligt war.

Numeri, der zunächst anti-imperialistische Reformen und demokratische Reformen durchzuführen hatte, stützte sich neben den Werktätigen auf die Teile der Bourgeoisie, die mangels eigener Kraft nicht in der Lage waren, die industrielle Entwicklung des Landes selbständig voranzutreiben, so daß sie am Aufbau der Wirtschaft mit nicht-kapitalistischen Methoden interessiert waren. Der nicht-kapitalistische Entwicklungsweg im Sudan bedeutete somit zwar Beschneidung der Monopolstellung der nationalen Bourgeoisie, da diese nicht die alleinige Regierungsgewalt hatte, aber keineswegs ihre totale Entmachtung und die Verfügung über die Macht durch die Werktätigen.

In einigen Ländern, die den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten, ist charakteristisch, daß die Klassenantipoden Bourgeoisie und Proletariat mangelhaft ausgebildet sind, so daß die kleinbürgerliche Intelligenz oder wie im Falle des Sudan fortschrittliche Offiziere zum Promoter der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes werden. Ein spezifisches Merkmal der kleinbürgerlichen Intelligenz-sowohl der zivilen als auch der militärischen- ist ihre Stellung im Arbeits- und Verwertungsprozess, die sie zwischen den Positionen der Werktätigen und denen der Bourgeoisie schwanken läßt. In der Phase der Erfüllung gesamtnationaler Aufgaben wirkt sie ausgleichend, da sowohl die Bourgeoisie als auch das Proletariat an diesen Reformen interessiert sind. Sobald es aber um die stärkere Einbeziehung der Werktätigen bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben geht, können viele progressive Militärregimes wie auch das General Numeris ihre eigene Klassen-schranke nicht überspringen.

Wie die Ereignisse nach dem 22. Juli zeigen, hat sich General Numeri gegen die Werktätigen entschie-

den; er hat die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften verboten, die führenden kommunistischen Funktionäre ohne Gerichtsverhandlung ermordet (während er dem westdeutschen Söldner Steiner eine monatelange Verhandlung gewährte).

Wir schließen uns der weltweiten Verurteilung dieses Massakers an, dem die konsequentesten Kämpfer gegen den Imperialismus zum Opfer fielen. Wenn auch damit noch nicht entschieden ist, ob Numeri den anti-kapitalistischen Entwicklungsweg verlassen hat, so setzt er doch sein Land der Gefahr aus, dem Imperialismus in die Hände zu fallen.

In dem unten abgedruckten Dokument wendet sich der Führer der Kommunistischen Partei des Sudan, Khalek Abdel Mahjoub, der wegen angeblicher Beteiligung am Putsch vom 19. Juli hingerichtet wurde, gegen die Theorie, mit Hilfe eines Putsches, der den Bewußtseinsstand der werktätigen Massen unberücksichtigt läßt, eine gewaltsame Änderung des Entwicklungswegs herbeiführen zu wollen. Ein solcher Putsch sei zum Scheitern verurteilt und führe zur Stärkung der Bourgeoisie. Die Ereignisse im Sudan nach dem 22. Juli bestätigen seine damalige Einschätzung.

EIN DOKUMENT, DAS NUMERI BELASTET

Im Februar 1970 gab Khalek Abdel Mahjoub bei einer Beratung der Kader der Kommunistischen Partei des Sudan einen Bericht, dessen Inhalt in der libanesischen Zeitung "Al-Hourriah" vom 26. Juli 1971 veröffentlicht wurde und in dem es heißt:

Die Kommunistische Partei gründet ihre Einschätzung der sozialen Kräfte, die an der Verwirklichung der demokratischen nationalen Revolution in unserem Land interessiert sind, auf eine wissenschaftliche und klassenmäßige Analyse. Die Kräfte dieser Front sind die werktätigen Massen, die Bauern, die revolutionären Intellektuellen, der nationale Kapitalismus. Die Leitung dieser Kräfte liegt in den Händen der Arbeiterklasse. Von dieser Analyse ausgehend, entspricht die Zusammensetzung der bewaffneten Kräfte diesen (nationalen) Kräften, sowohl was ihre Aufteilung nach sozialen Schichten wie ihre Klassenlage betrifft. Die Mehrzahl der Offiziere stammt aus dem Kleinbürgertum, bei den Soldaten gibt es Arbeiter- und Bauernsöhne. Daher kann man die bewaffneten Kräfte nicht als neue Klasse oder soziale Schicht jenen Klassenkräften hinzufügen, die an der Verwirklichung der demokratischen Re-

volution in unserem Land interessiert sind. In ihrem Kampf, um Verwirklichung der demokratischen Revolution zu garantieren, orientiert sich die Kommunistische Partei auf eine Klassenpolitik, auf die Massen der Arbeiter und Bauern, und schafft eine ständige Einheit zwischen ihnen. Das ist die Grundlage der Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Gleichzeitig orientiert sie ihre Haltung und ihre Tätigkeit auf die Klassenbasis unter den Massen, die Interesse an der Verwirklichung der nationalen demokratischen Revolution haben.

Es existiert die phantastische Vorstellung, nach der die nationalen und demokratischen Gruppen innerhalb der Streitkräfte eine Vorhutstellung in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei einnehmen müßten, weil diese Gruppen bewaffnet und daher besser als andere in der Lage sind, das Problem der Macht kurz und bündig zu lösen. Meiner Ansicht nach handelt es sich hier um eine phantastische, irri- ge und unmarxistische Formulierung. Die demokratische Revolution ist die Revolution der Agrarreform, die ihr Ziel nur dann erreichen kann, wenn sie an die Massen der Werktätigen in der Landwirtschaft im breitesten Ausmaß appelliert und sie in die politischen, wirtschaftlichen Kämpfe und in die Ideen miteinbezieht.

Die sozialistische Revolution ist die Revolution der Mehrheit der arbeitenden Massen, die durchgeführt wird durch ihr Bewußtwerden, ihre Zustimmung und ihre entscheidende Teilnahme auf dem höchsten Niveau revolutionärer Aktivität.

Die verschiedenen Schichten der Streitkräfte in unserem Land werden von uns eingeschätzt nach ihrer Herkunft, nach den sozialen Schichten und Klassen, aus denen sie stammen, und nach der Rolle, die diese Schichten und Klassen im Wesentlichen im Kampf, in dieser oder jener Etappe der revolutionären Entwicklung spielen.

Im Moment, da diese irri- ge Illusion (von der ich früher gesprochen habe) zur Theorie erhoben wird, verwandelt sie sich in eine völlig putschistische Theorie, die von der Kommunistischen Partei verlangt, auf ihre Tätigkeit unter den Massen zu verzichten, auf ihre schwierige Aufgabe, das Bewußtsein der Massen zu erwecken, sie zu organisieren, sie in den praktischen Kämpfen und in den Kämpfen der Ideen zu schulen und statt dessen in der Organisation eines "fortschrittlichen Putsches" Zuflucht zu suchen.

Wir werden das Problem offener und breiter stellen, ausgehend von der Definition der Beziehungen zwischen bewaffneter Aktion und dem Volkskampf.

Wir Kommunisten akzeptieren vom ideologischen Gesichtspunkt aus nicht die Theorie von der Minderheit, die die Macht an sich reißt, um erst nachher auf die Massen zurückzugreifen. Meiner Meinung nach handelt es sich hier um eine unverrückbare ideologische Haltung des Kommunismus, um einen entscheidenden Punkt der Auffassung der Kommunisten von der Revolution. Der Kommunismus als Wissenschaft hat sich gerade im Kampf gegen diese Theorie im Rahmen eines langwierigen Kampfes gegen Ideen entwickelt, die der Bewegung der Arbeiterklasse fremd sind...

Die Macht mit Hilfe einer Minderheit an sich zu reißen, sei es durch Zivilisten oder Militärs, ohne die Rolle der Arbeiterklasse und ihre Situation im Staat zu berücksichtigen, ist eine nichtkommunistische Ideologie, die im Fall unserer unterentwickelten Länder eine Ideologie des Kleinbürgertums darstellt.

Sieht man die Dinge auf diese Weise, entspricht dies auch dem Bericht, der im März 1969 mit dem Titel "Für die Verbesserung der Leitungsarbeit ein Jahr nach dem Parteitag" dem Zentralkomitee unterbreitet wurde. Darin heißt es: Die Taktik des Putsches an Stelle der Massenaktion entspricht bei genauer Untersuchung den Interessen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums innerhalb der Kräfte der nationalen demokratischen Front. Mit diesen Worten wollte ich sagen: Man muß die Taktik zurückweisen, die die Massenarbeit vernachlässigt, vor ihren Schwierigkeiten zurückschreckt, die kommunistische Auffassung von der Revolution als höchste Form der Massenaktivitt verwirft und das Prinzip der revolutionären Krise nicht anerkennt, während wir beide Punkte als Bedingung für den Erfolg der Revolution betrachten.

Die Taktik der Putschisten ist keine kommunistische Ideologie. Zu dieser Taktik können bürgerliche Offiziere greifen, die hoffen, die Krise der Macht dazu zu benützen, um das Land auf abrupte Weise auf einen anderen Entwicklungsweg zu drängen. Diese Auffassung ist auch bei jenen an sich demokratisch gesinnten Offizieren zu finden, die in einer kleinbürgerlichen Ideologie verwurzelt sind.

Was früher nur ein historischer Appell war, ist heute zu einer Perspektive geworden, die durch einen geduldrigen Kampf mit dem Ziel, die Kräfte aller revolutionären Massen zu vereinen, verwirklicht werden wird. Diese Aufgabe steht unter anderem in Widerspruch zur nationalen Bourgeoisie und allen ihren Fraktionen. Deshalb ist die Haltung der Rechten, die die Entwicklung der revolutionären Arbeit im Volk

ablehnen, eine Haltung des Zgerns und in vielen Fällen im Gegensatz zur Aufgabe, in der Kommunistischen Partei und in ihrem Kampf gegen die Führung der Massenbewegung durch die nationale Bourgeoisie Initiativen zu entwickeln.

(Quelle: Weg und Ziel, 9/1971)

KAPVERDISCHE INSELN

Die PAIGC führt ihren Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus nicht nur in Guinea-Bissau, sondern auch auf den Kapverdischen Inseln. Aber aufgrund der verschiedenen Bedingungen ist der Kampf in Guinea-Bissau fortgeschrittener. Deshalb wird in den Publikationen der PAIGC weit weniger über die Kapverdischen Inseln berichtet.

Die Änderung der Verhältnisse auf diesen Inseln erscheint umso notwendiger, wenn die erdrückenden Lebensbedingungen, wie sie Hamilcar Cabral hier in seiner Rede darstellt, bekannt sind.

EINGABE HAMILCAR CABRAL,

GENERALSEKRETÄR DER PAIGC

Die Kapverdischen Inseln sind die älteste portugiesische Kolonie in Afrika. Wie die anderen afrikanischen Völker, die seit Jahrhunderten unter portugiesischer Herrschaft leben, leidet das kapverdische Volk, das heute 250.000 Einwohner zählt, unter schrecklicher Armut und Rückständigkeit. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind bei der Bevölkerung noch schlechter als in den anderen untersuchten Kolonien. Häufige Überschwemmungen machen einen Ackerbau unmöglich, obwohl der Boden die einzige Grundlage für das Volk ist, zu leben, oder besser: zu berleben.

Während ihrer jahrhundertelangen Anwesenheit auf den Inseln ist es den portugiesischen Kolonisatoren nie gelungen - sie haben es übrigens auch in keiner Weise versucht -, die notwendigen Maßnahmen zur Entfaltung der Wirtschaft zu ergreifen, oder auch nur zur Bekämpfung der Hungersnot, die in Krisenzeiten zehntausenden von Menschen den Tod brachte. Ganz im Gegenteil benutzen die portugiesischen Kolonisatoren heute die Hungersnot dazu, ihre Herrschaft zu festigen und sich billige Arbeitskräfte zu sichern, nachdem sie das Land und die Bevölkerung in schlimmster Weise ausgebeutet haben. Diese billigen Arbeitskräfte, in Wirklichkeit Sklavenarbeit, werden unter dem Namen "contrajados" den großen Plantagen übergeben, die Eigentum der weißen Kolonisatoren und der Kolonialunternehmen aus Angola und St. Thomé sind. Die unten genannten Zahlen entstammen einer Veröffentlichung des Instituts für Überseeforschungen, erschienen 1960 in Lissabon unter dem Originaltitel "Seroantopologia das Ilhas de Cabo Verde". Diese Zahlen können dazu beitragen, sich ein - wenigstens vorläufiges - Bild von der stummen Tragödie des kapverdischen Volkes zu machen:

	Jahre der Hungersnot	Zahl d. Opfer
seit 1747	58	mehr als 250.000
seit 1900	21	135.000

Um die Tragweite dieser Zahlen besser zu sehen, müssen wir sie in Beziehung zur Gesamtbevölkerung der Inseln betrachten. Die folgenden Angaben zeigen die Jahre der großen Hungersnöte (A) und den Prozentsatz der Opfer bezogen auf die Gesamtbevölkerung (B):

(A)	(B)
1773-76	50%
1830-33	35%
1863-66	40%
1900-03	25%
1920-22	20%
1940-43	15%
1946-48	35%

Im Verlauf von 223 Jahren - von 1747 bis 1970 - war das kapverdische Volk insgesamt über ein halbes Jahrhundert lang von der Hungersnot geschlagen. Die Gesamtzahl der Opfer dieser Verheerungen übersteigt die gegenwärtige Einwohnerzahl. In den Hungerjahren kamen jedesmal zwischen 15 und 35% der Bevölkerung ums Leben.

In den letzten beiden Jahrhunderten portugiesischer Herrschaft mußte das kapverdische

Volk in einem durchschnittlichen Zeitraum von vier Jahren ein ganzes Jahr lang unter Hungersnöten leiden. Diese Tragödie steht im Widerspruch zu den behaupteten Bemühungen um Zivilisation und Christianisierung durch die Portugiesen in Afrika. Die Tatsache, daß in diesem Augenblick erneut eine Hungersnot Verheerungen auf dem Archipel anrichtet, ist ein unwiderlegbarer Beweis für die Stagnation der Lage und für die Verachtung, die die portugiesischen Kolonialherren der afrikanischen Bevölkerung der Kapverdischen Inseln entgegenbringen. Tatsächlich befindet sich nach drei Jahren harter Entbehrungen das Volk der Kapverdischen Inseln, besonders die ärmsten Teile, ohne jede Nahrung, ohne auch nur das zum Überleben Notwendigste.

Die Portugiesen haben zwar die kritische Situation offiziell zugegeben, tun aber ihr möglichstes, um die Tatsachen dieser Hungersnot vor der Weltöffentlichkeit geheimzuhalten. Der kürzliche Besuch des portugiesischen Premierministers, Marcelo Caetano, sollte das geprüfte Volk beruhigen, indem man "Hilfe" versprach, um "die Auswirkungen der Krise zu vermindern, so daß die Hungersnot nicht zu viele Opfer fordert."

Dies ist eine Initiative ohne Beispiel; zum ersten Mal begibt sich ein Minister der portugiesischen Regierung zum Archipel "wegen der Hungersnot". Trotzdem machen die besonderen Umstände dieses Besuches klar, wie groß die Gefahr ist, von der das kapverdische Volk bedroht ist. Gleichzeitig decken sie den Mißbrauch auf, den die Kolonialisten mit der Situation treiben, um den Vormarsch der Befreiungsbewegung aufzuhalten, die, unter der Leitung unserer Partei, große Fortschritte machen konnte.

Die portugiesische Regierung ist voll verantwortlich für diese hoffnungslose Lage, in der das kapverdische Volk sein Dasein in der Nachbarschaft des Todes fristet. Die elementarsten Grundsätze des menschlichen Anstandes würden von der portugiesischen Regierung wenigstens erfordern, die elende Situation eines Volkes, das sie mehr als fünf Jahrhunderte beherrscht und mißbraucht hat, nicht auszunutzen.

Es versteht sich von selbst, daß das kapverdische Volk die Besuche und Versprechungen satt hat. Was es braucht, ist Nahrung, in genügender Menge, und nicht den Tod. Dies ist ein äußerst dringendes Bedürfnis gerade jetzt, da in den letzten drei Jahren eine sehr lange Trockenperiode das Land getroffen hat, vor allem

die Insel Santiago, dem Hauptanbaugebiet des Archipels, das die Hälfte der Bevölkerung ernährt. Man kann voraussagen, daß das Land, wenn keine wirksamen Maßnahmen gegen die Hungersnot erfolgen, 30 bis 50% seiner Einwohner verlieren wird. Das tragische Schicksal, das unser Volk 58 Hungerjahre lang geprüft hat, ergibt einen klaren Beweis für die Unfähigkeit der portugiesischen Regierung, diese Situation zu verbessern. Man kann sich fragen, welches die Effizienz der "Hilfe" wäre, die Herr Caetano anzubieten sich verpflichtet sah, unter dem drohenden Einfluß der politischen Realitäten - eine Hilfe, die übrigens immer noch nicht erfolgt ist. Dieser Zweifel wird zur Gewißheit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Portugal, eines der unterentwickeltesten und rückständigsten Länder Europas, zur Zeit drei Kolonialkriege in Afrika führt, die 50% seines Staatshaushaltes verschlingen. Es ist ein Gemeinplatz, zu sagen, daß die portugiesische Regierung oftmals ihre Unfähigkeit erwiesen hat, wenn es darum ging, eine Lösung für das Problem der Unterernährung zu finden, ein Problem, das auch Portugal selbst bedroht. Dem allem können wir noch hinzufügen, daß zur Zeit der Verlust des größeren Teils der Einwohner der Kapverdischen Inseln dezimiert durch den Hunger und durch die Übergabe zur Sklavenarbeit an andere Kolonien, nur den Interessen und den unmenschlichen Plänen der portugiesischen Kolonisatoren dienen kann, die vergeblich ihre Herrschaft in Afrika aufrechterhalten wollen, unter Mißachtung aller moralischen Grundsätze und internationaler Menschenrechte.

Das durch den Hunger gestellte Problem muß in humanitärem Geist vor das Gewissen der Welt gebracht werden. Die Weltöffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu wissen, was auf den Inseln geschieht, die Nationen, die nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen, die dem kapverdischen Volk bei seinem Kampf gegen die Hungersnot helfen wollen, haben ein natürliches Recht, so zu handeln. Leben und Tod der Afrikaner auf diesen Inseln dürfen nicht vom Gutdünken der portugiesischen Kolonialisten abhängen.

Deshalb sieht es die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) als ihre Aufgabe an, angesichts der dringenden Notwendigkeit, für die Errettung von zehntausenden von Menschenleben vor allem von Kindern und Jugendlichen, die vom Hunger besonders bedroht sind, zu sorgen,

- die verhängnisvolle Situation auf den Kapverdischen Inseln anzuprangern, damit sie von der Meinung der Weltöffentlichkeit verurteilt wird,
- einen dringenden Appell an die entwickelten Länder zu richten, an die humanitären nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen, an den Vatikan, an die religiösen Institutionen jeglichen Glaubens, und an alle menschenfreundlichen Personen, damit sie all ihren Einfluß und alle ihre Möglichkeiten einsetzen, um dem kapverdischen Volk materielle Hilfe zu verschaffen, und damit eine neue Katastrophe abzuwenden,
- an die Uno zu appellieren, vertreten durch ihren Generalsekretär U Thant, ohne Verzug alle für notwendig erkannten Maßnahmen zu ergreifen, die Schwere der Situation zu ermessen und dem Volk im Kampf gegen den Hunger zu helfen,
- die portugiesische Regierung zu bitten, von jeder Maßnahme abzusehen, die die Hungersnot zum Instrument der Politik und der Unterdrückung der Befreiungsbewegung zu machen droht. Die PAIGC bittet die portugiesische Regierung auch, die Zusammenarbeit der nationalen und internationalen Gruppen zu erleichtern, die den Wunsch äußern, dem schwergeprüften kapverdischen Volk materielle Hilfe zu bringen,
- ihre unerschütterliche Entschlossenheit zu bekräftigen, den Kampf um die Befreiung der kapverdischen Inseln weiterzuführen und zu entwickeln, damit der kolonialen Herrschaft ein Ende bereitet werde und damit die Afrikaner, mit Unterstützung der anderen Völker - auch des portugiesischen - von den Geißeln der Not, der Rückständigkeit und des Hungers befreit werden.

Anmerkung:

- 1) PAIGC = Partido Africano da Independencia da Guinea e Capo Verde - Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln; s. AIB Nr. 1-3/1970 und Sonderheft "Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals ..."

(Quelle: Hektrographierte Konferenzmaterialien der Versammlung des Weltfriedensrates vom 13. - 16. Mai 1971 in Budapest).

BOLIVIEN

Am 5. Oktober 1970 mußte General Ovando Candida unter dem Druck rechter Militärs vom Präsidentenamt zurücktreten und dem "gorilla" General Rogelio Miranda Platz machen. Miranda wurde zwar nach wenigen Stunden wegen Streitigkeiten innerhalb des Militärs wieder abgesetzt, aber die Gefahr einer reaktionären Militärregierung blieb weiterhin bestehen.

Nur durch die gemeinsame Aktion junger Offiziere der Luftwaffenbasis "El Alto" unter Führung des General Juan José Tórrez Gonzales mit dem bolivianischen Gewerkschaftsbund COB (Central Obrera Boliviana), den Bauernverbänden und den Studenten der San-Andrés Universität in La Paz gelang es, die "gorillas" zu besiegen und eine neue Regierung unter General Tórrez zu bilden.

Bis zum August 1971 hatte sich die Regierung Tórrez, die sich für den "Dritten Weg", d.h. für den anti-kapitalistischen Weg entschieden hatte, um das Land aus der Abhängigkeit von den USA und Großbritannien zu lösen, erfolgreich gegen jeden Umsturzversuch sowohl von außen als auch von innen widersetzen können. Warum der Putsch des Obersten Hugo Banzer Suarez trotzdem Erfolg hatte, versucht die hier abgedruckte Kurzanalyse deutlich zu machen.

HINTERGRÜNDE EINES PUTSCHES

Schlüsselfaktor: Armee

Oberst Hugo Banzer Suarez, der inzwischen von den Putschisten zum neuen Präsidenten proklamiert wurde, war zwar wegen seiner Beteiligung an den vorangegangenen Putschen zeitweilig in ein entferntes Andendorf verbannt worden, aber noch immer Chef der Militärakademie in La Paz geblieben, die sich bereits mehrmals als eines der Zentren der Konterrevolution entpuppt hatte. Von Oberst Andrés Selich, der neben Oberst Banzer und General Jaime Florentino Mendieta (jetzt Verteidigungsminister) dem Triumvirat der Militärs angehört und inzwischen zum Innenminister ernannt wurde, weiß man, daß er ebenso wie Banzer eine wichtige Rolle bei der Verfolgung und Ermordung Ché Guevaras und seiner Mitkämpfer spielte. Außerdem war er Kommandant jener von USA-Offizieren in der Panamakanalzone ausgebildeten Rangereinheiten, die mit ihrer Revolte in der bolivianischen Provinzstadt Santa Cruz (vgl. Bolivien-Karte

Als am 19. August die ersten Meldungen über einen erneuten Putschversuch reaktionärer Offiziere in Bolivien über die Fernschreiber liefen, waren die meisten politischen Beobachter überzeugt davon, daß es auch diesmal nicht gelingen werde, Präsident Juan José Tórrez das Steuer aus der Hand zu reißen. Präsident Tórrez kannte seine Gegner, sogar mit Namen und Adresse; denn die Initiatoren bei den zahlreichen vorangegangenen, aber fehlgeschlagenen Staatsstreichern waren stets die gleichen gewesen: Banzer, Selich, Gutiérrez, Anaya u. a. Ein offenes Geheimnis war es ebenfalls, daß alle vier und zahlreiche ihrer Vertrauensleute in der Vergangenheit mehr oder weniger mit dem USA-Geheimdienst CIA zusammengearbeitet haben. Trotz ihrer offenkundigen Feindschaft gegenüber der Tórrez-Regierung und der von ihr verfolgten Politik des „revolutionären Nationalismus“ bekleideten sie jedoch bis zuletzt Schlüsselpositionen in der bolivianischen Armee.

in horizont Nr. 15/71, S. 15) das Signal zum Putsch gegen die Tórrez-Regierung gegeben haben.

Die Armee war also der entscheidende innenpolitische Faktor bei diesem Staatsstreich. Bis zur Machtübernahme durch General Tórrez am 7. Oktober 1970 war die bolivianische Armee mehr oder weniger ein Instrument in den Händen des Pentagons gewesen – nicht nur mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, sondern auch von USA-Offizieren und „Beratern“ entsprechend ausgerichtet. General Tórrez hatte jene US-„Berater“ zwar vor einigen Monaten nach Hause geschickt, womit aber nur die Personen, nicht jedoch ihr unheilvoller Einfluß aus der bolivianischen Armee verschwunden waren. Im Lande blieben auch ihre Kontaktmänner und Helfershelfer, die heute in den Regierungssesseln sitzen. Erinnerung sei auch daran, daß die Militärmission der USA in La Paz nahezu ungestört ihre Verbindungen zu den reaktionären Kräften im Lande aufrechterhalten konnte.

Nicht konsequent genug

Dies alles war der gestürzten Regierung bekannt, woraus sich die Frage ergibt, weshalb sie nicht rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen hat. Im einzelnen läßt sich das heute sicherlich noch nicht beantworten. Offensichtlich schreckte Präsident Tórrez vor einem energischen Vorgehen gegen die innere Reaktion zurück, weil das eine Reihe von Konsequenzen nach sich gezogen hätte, zu denen er sich auch nach zehnmonatiger Regierungszeit noch nicht durchringen konnte. Denn das hätte nämlich bedeutet, daß er sich voll auf die in der „Volksversammlung“ vereinigten fortschrittlichen Kräfte, also auf die linken Parteien, darunter die Bolivianische Kommunistische Partei, auf die Gewerkschafts- und Studentenbewegung, hätte stützen und deren Drängen nach einer rechtzeitigen Bewaffnung des Volkes hätte nachgeben müssen. Als die Situation für ihn immer bedrohlicher wurde und Innenminister Gallardo schließlich Waffen verteilen ließ, war es bereits zu spät. Die Volksbewaffnung und eine angemessene Einbeziehung der fortschrittlichen Kräfte in die Regierungsverantwortung hätten zweifellos zu einer Beschleunigung des antiimperialistischen, nationalistischen Kurses geführt, dem sich Tórrez und die ihn unterstützenden Kräfte der Armee und der Mittelschichten anscheinend aber nicht gewachsen fühlten.

Das soll jedoch nicht die Verdienste der Regierung Tórrez schmälern, die wie keine andere bisher in Bolivien es verstanden hat, den Einfluß der ausländischen Monopole und der USA auf Wirtschaft und Politik des Landes zurückzudrängen. Sie hat zugleich versucht, durch Reformmaßnahmen und gewisse Zugeständnisse großen Teilen der Bevölkerung deren eigene Stärke vor Augen zu führen. Das wird zweifellos für die weitere Entwicklung des Landes ein ernst zu nehmender Faktor sein.

Nachdem die Luftwaffe, die bisher Tórrez von seiten der Armee am längsten die Treue gehalten hatte, auch noch zu den Putschisten übergang, war der Kampf zugunsten der reaktionären Kräfte entschieden. Daran konnte auch der tapfere und mehrere Tage andauernde bewaffnete Widerstand der Arbeiter und Studenten, vor allem in La Paz, nichts ändern. Abgesehen davon, daß die Verteidiger der Revolution über zu wenig Waffen und Munition verfügten und ihre Ausrüstung vielfach veraltet war, fallen noch einige andere Faktoren ins Gewicht.

Bolivien, etwa so groß wie Frankreich und Spanien zusammen, hat bei rund 5 Millionen Einwohnern – zu vier Fünfteln Indios und Mestizen – nur etwa 400 000 Arbeiter, wobei die Zentren der Arbeiterklasse, die Hauptstadt La Paz, das Erdölgebiet um Santa Cruz sowie die Bergbauggebiete um Oruro, Potosí und Cochabamba, weit voneinander getrennt liegen. Als beispielsweise die Bergarbeiter von Catavi der Regierung zu Hilfe eilen wollten, mußten sie allein bis Oruro, das die Putschisten bereits unter Kontrolle hatten, mehrere hundert Kilometer zurücklegen, und das auf Bergstraßen, die nur schwierig mit Autos zu be-

fahren sind. Inzwischen hatte die Konterrevolution aber schon weitere strategische Punkte besetzt. Hinzu kam, daß die fortschrittlichen Kräfte sich erst auf dem Weg zur Aktionseinheit befanden und parteiinterne Interessen oftmals noch im Vordergrund standen, wo ein gemeinsames Vorgehen angebracht gewesen wäre. Darüber hinaus gelang es ihnen auch nicht, die bolivianischen Bauern, welche die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, im erforderlichen Maße in ihr Kampfbündnis einzubeziehen.

CIA putschte mit

Es liegt auf der Hand, daß es sich bei den jüngsten Ereignissen keineswegs um rein innenpolitische Auseinandersetzungen handelte. Die zahlreichen Putschversuche gegen die Regierung Tórrez signalisierten schon seit langem, wie sehr es vor allem den USA darum zu tun war, sich gerade in Bolivien ihre alten Positionen zurückzuerobieren. Zum einen machten USA-Monopole (Gulf Oil Co., US-Steel als ehemalige Besitzerin der Zinkmine „Mathilde“) vor ihrer Enteignung mit den Bodenschätzen Boliviens (Zinn, Zink, Öl usw.) eines der lukrativsten Geschäfte in ganz Lateinamerika.

Zum anderen liegt Bolivien – vom geographischen Standpunkt aus gesehen – im Herzen des Andenpakt (Mitgliedländer sind Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru), der eindeutig gegen die Ausplünderungspolitik der USA-Monopole gerichtet ist. Auf Grund der engen Bindungen breiter Schichten der Bourgeoisie und hoher Militärs mit Washington war Bolivien nicht nur das schwächste Glied des Staatendreiecks Chile–Peru–Bolivien, sondern zugleich, vom strategischen Standpunkt aus (u. a. als Ausgangsbasis für Aktionen gegen die antiimperialistischen Regimes in Chile und Peru), das stärkste Kettenglied in den Ambitionen des USA-Imperialismus. Und gerade deswegen konzentrierten die Vereinigten Staaten ihre Anstrengungen auf dieses Land.

Es zeigt sich also, daß hinter den jüngsten USA-Machenschaften in Bolivien System steckt. Nicht umsonst ging der Staatsstreich von Santa Cruz aus, dem Sitz der Gulf Oil Company vor ihrer Verstaatlichung und einem Zentrum des USA-„Friedenskorps“, bevor dieses im Juni 1971 das Land verlassen mußte. Bezeichnenderweise hat auch die BRD zahlreiche ihrer „Entwicklungshelfer“ in Santa Cruz stationiert.

Bereits 48 Stunden vor Beginn des Putsches hatte die USA-Botschaft zum Beispiel ihren Diplomaten in Santa Cruz die Weisung erteilt, Lebensmittelvorräte anzulegen und ihre Wohnungen nicht zu verlassen. Auffällig war auch, daß die USA-Botschaft nach der erzwungenen Schließung der CIA-Zentrale durch die Regierung Tórrez auf mehrere hundert Beamte verstärkt wurde.

Grünes Licht für Auslandskapital

Bisher nicht ganz klar ist, inwieweit die neuen Männer an der Spitze des bolivianischen Staates noch von anderer Seite Unterstützung erhielten. In einigen lateinamerikanischen Zeitungen wird mehr oder weniger offen von einem Eingreifen Brasiliens und Argentiniens gesprochen, die jedoch jeweils eigene Interessen damit verfolgten.

Innenpolitisch stützt sich das neue Regime in Bolivien auf zwei Parteien, die in der Vergangenheit eine mehr als zwiespältige, um nicht zu sagen volksfeindliche Rolle gespielt haben. Letzteres läßt sich zumindest mit Gewißheit von der ultrarechten „Sozialistischen Falange Boliviens“ sagen, die mit der „Nationalistisch-Revolutionären Bewegung“ (MNR) ein Bündnis gegen die nationalistisch-reformistische Politik von Präsident Tórrez eingegangen ist und sich nun mit ihrem Bündnispartner die Regierungsverantwortung zu teilen gedenkt.

Das neue Regime, mit Gewalt an die Macht gekommen, hat eine blutige Terrorkampagne gegen alle fortschrittlichen Kräfte entfesselt, die besonders in der Arbeiter- und Studentenbewegung bereits zahlreiche Opfer gefordert hat. In bezug auf seine künftige Politik erklärte Bonzer, seine Regierung wolle alle eingegangenen Verpflichtungen und Verträge respektieren. Gleichzeitig versicherte er jedoch, daß dem Auslandskapital in Zukunft wieder alle Sicherheiten gewährt werden sollen.

Die fortschrittlichen Kräfte in Bolivien sehen sich angesichts der erneuten Machtübernahme durch reaktionäre Kräfte einer recht komplizierten Situation gegenüber. Nur der Zusammenschluß aller national gesinnten Kräfte auf der Grundlage eines gemeinsamen demokratischen Programms vermag das Andenland endgültig von den Fesseln des einheimischen und ausländischen Kapitals zu befreien. Auch für die fortschrittlichen Kräfte in Chile und Peru wird es darauf ankommen, sich künftig noch enger zusammenzuschließen, um den Frontalangriffen des USA-Imperialismus und seiner einheimischen Handlanger erfolgreich zu widerstehen.

Dr. Ingrid Uhlich

SÜDKOREA

Die Existenz Südkoreas ist zum ersten Mal durch die Entführung südkoreanischer Wissenschaftler und Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen. Die damalige Intervention der Bundesregierung hat die Prozesse gegen die Entführten nicht verhindern können.

Da bisher sehr wenig über die Verhältnisse dieses Landes bekannt ist, scheint es uns notwendig, das Material, das uns vom Koreanischen Nationalen Friedenskomitee zugesandt wurde, abzudrucken. Aus diesem geht hervor, daß der Widerstand im Lande gegen dieses Regime und die Methoden, ihn zu bekämpfen, große Ähnlichkeit zu Südvietnam zeigen.

DIE UNMENSCHLICHEN

BARBAREIEN,

FOLTERUNGEN UND MORDE

DES US-IMPERIALISMUS

UND DER MARIONETTEN-CLIQUE

UM PAK JUNG HI IN SÜDKOREA

SKRUPELLOSE MÖRDER UND HENKER GEGEN DAS SÜDKOREANISCHE VOLK

Der geliebte und geachtete Anführer des 40 Millionen starken koreanischen Volkes Genosse Kim Il Sung ²⁾ lehrte folgendes:

"Die faschistische Militärdiktatur in Südkorea -Produkt der Kolonial- und Kriegspolitik des US-Imperialismus, dient diesem US-Imperialismus treu. Sie hat eine beispiellos heftige und barbarische Form angenommen und ist zum Muster der grausamen faschistischen Herrschaft von Imperialisten über Kolonien geworden."

Das faschistische militärdiktatorische "Regime" von Pak Jung Hi ist Werkzeug der Aggression, die das südkoreanische Volk der kolonialen Unterdrückung und Kriegspolitik des US-Imperialismus ausgesetzt hat.

Dieses faschistische diktatorische Regime ist ebenso eine Gruppe blutrünstiger Banditen, die das südkoreanische Volk, das für sein Recht auf Existenz, Demokratie und Vereinigung des Landes kämpft, brutal unterdrücken, foltern und morden.

Die faschistischen Pak Jung Hi Verbrecher - wie Verräter und Verkäufer ihrer Nation - sind wirklich grausame Menschenschlächter und Henker, die alle Brutalität und Tyrannei verkörpern.

Dieses faschistische Militär"regime" -aufgebaut vom US-Imperialismus- setzt sich aus treuen Handlangern des US-Imperialismus und faschistischen Elementen des Militärs zusammen, die maßgeblich an den barbarischen Massakern unter der Bevölkerung beteiligt waren. Pak Jung Hi ist ein Schlächter, der schon vor der Befreiung als treuer Offizier des japanischen Imperialismus grausame Morde am koreanischen Volk begangen hat und der nach der Befreiung - jetzt als treue Kreatur des US-Imperialismus - barbarische Massaker unter dem südkoreanischen Volk veranstaltet hat.

Sobald der Verräter Pak Jung Hi mit Hilfe des Bajonetts und der Rückendeckung des US-Imperialismus die "Macht" ergriffen hatte, begann er, das südkoreanische Volk massenhaft zu verhaften, zu foltern und zu morden wie ein blutrünstiges wildes Tier.

AUSBAU DES ÜBLÉN FASCHISTISCHEN GESETZSYSTEMS UND DES UNTERDRÜCKUNGSAPPARATES

Der geliebte und geachtete Anführer Genosse Kim Il Sung lehrte folgendes:

"Die imperialistischen US-Aggressoren und ihre Handlanger haben durch verschiedene hinterlistige faschistische Gesetze ihren Unterdrückungsapparat in großem Maße erweitert und ganz Südkorea mit Militär, Polizei, Geheimdienst und einem speziellen Agentennetz überzogen und es dadurch in eine Hölle auf Erden verwandelt, wo Terror und Mord herrschen."

Nach ihrem "Vorstoß zur Macht" hat die Marionettenclique um Pak Jung Hi die Legislative, die Verwaltung und die Judicative in ihrer Hand vereinigt und dadurch einen Unterdrückungsapparat geschaffen, der zu massiven Morden geeignet ist. Die Banditen haben die Marionetten-Polizei und Marionetten-Militärpolizei, "Gegen-Spionage-Korps", die abhängige öffentliche Verfolgung und die juristischen Organe mit faschistischen Terroristen besetzt und diese Einrichtungen in großem Maß erweitert.

Sie erfanden auch die "Zentrale Geheimdienst Abteilung" und vereinfachten dadurch ihre Unterdrückungsmaschinerie, um sicherzugehen, daß sämtliche Unterdrückungsapparate auf ihre einheitlichen Direktiven hin arbeiten.

Vor kurzem haben die Gangster wieder die "Heimatland Reserve Armee" vergrößert. Die Anzahl der Mitglieder beträgt rund 2 Millionen - eingesetzt zur Unterdrückung des Volkes.

Sie brandmarkten die revolutionäre Organisation um Prof. Dr. Kim Dae Su von der Kyongbuk Universität fälschlich als "Spionage-Gruppe" und inhaftierten eine hohe Anzahl von Professoren und Intellektuellen, die zu dieser Organisation Verbindung hatten. Dr. Kim Dae Su wurde nach Folterungen zu lebenslänglichem Zuchthaus "verurteilt" und 3 weitere Patrioten zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren.

Anfang Januar dieses Jahres verurteilte der "Gerichtshof zu Seoul" sechs Patrioten unter der absurden Anklage der "Spionage" rechtskräftig zum Tode, nachdem sie schweren Folterungen ausgesetzt worden waren.

GRAUSAMSTE FOLTERUNGEN

In Südkorea werden bei der Folterung von Revolutionären und Patrioten verschiedene Formen und Methoden angewandt und sie alle sind ausgesprochen roh und grausam.

Beispielsweise gibt es die Folterungsmethode, die das Schlafen unmöglich macht - eine der leichtesten Folterungen - bei der das Opfer durch Ketten am Hals, Hand- und Fußgelenken in einem einsamen Kellerraum zum Stehen gezwungen wird und drei oder vier elektrische Lampen mit hoher Volt-Zahl und von über 500 Watt so dicht wie möglich vor seinen Augen stehen; so raubt man ihm tagelang den Schlaf.

Eine andere leichtere Folterung ist die Mißhandlung. Bei dieser Methode wird das Opfer am ganzen Körper mit Eichenholzketten, Eisenstangen oder Lederpeitschen gnadenlos geschlagen. Wird das Opfer bewußtlos, weckt man es mit Wasser wieder auf und beginnt die Mißhandlungen von neuem.

Die "Flugzeug-Folterung" soll dem Menschen seelischen und körperlichen Schmerz bereiten: beide Hände in Handschellen auf dem Rücken, an Eisendraht gebunden, wird er in der Luft gedreht. Sie lassen ihn auf den Zementboden aufschlagen, heben ihn dann wieder an, drehen ihn erneut, lassen ihn wieder aufschlagen.

Als schwerere Folterungen in Südkorea können wir die elektrische Folter, die Chili-Pulver-Folter, die Bambus-Stab-Folter und das Schlagen von Nägeln in die Fingernägel aufzählen.

Bei der elektrischen Folter wird das Opfer mit den Fußgelenken an Eisendraht an der Decke aufgehängt; dann wird sein Kopf in Wasser getaucht und ein starker Stromstoß in Abständen von 4 - 5 Sekunden durch das Wasser gejagt.

Der Körper erzittert unter dem elektrischen Schlag, bäumt sich horizontal auf und fällt wieder nach unten. Derselbe Bewegungsablauf wird wiederholt, sooft der Strom angeschaltet wird. Erschöpft verliert der Gefolterte das Bewußtsein.

Bei der Chili-Pulver Folter wird man mit dem Kopf nach unten aufgehängt und bekommt einen dickflüssigen Brei von heißem Wasser (30°C) und Chili-Pulver in Augen, Nase und Mund gegossen.

Bei der Bambusstock-Folterung bekommt das Opfer einen spitzen Bambus-Stab von 15-20 cm Länge und 2-3 mm Durchmesser unter den Nägeln in die Finger gestochen, bis er am Handgelenk wieder unter der Haut hervorkommt, nachdem er unter der Haut von Finger und Handrücken entlang gestochen worden ist. Beim Hineinstopfen wird der Stab vor- und zurückgezogen und wenn das Opfer dadurch nicht zum Reden gebracht wird, werden zwei oder drei oder schließlich Stäbe in alle 10 Finger gestochen.

Eine der brutalsten Folterungen besteht darin, Nägel in die Fingernägel zu schlagen. Beide Hände werden vollständig auf handförmigen Eisenplatten befestigt, und Eisennägel werden mit dem Hammer in die Mitte der Fingernägel geschlagen. Die Eisennägel gibt es in verschiedenen Größen und entsprechend dem der Folterung entgegengebrachten Widerstand wird entschieden, ob große Nägel benutzt werden sollen und ob Nägel in alle 10 Fingernägel geschlagen werden oder nicht. Neben den oben genannten, in Südkorea häufig angewandten Foltern gibt es noch zahlreiche andere Methoden.

SOGAR, WER SICH NUR FÜR DIE "FRIEDLICHE VEREINIGUNG" DES VATERLANDES EINSETZT, MACHT SICH "SCHULDIG".

Die Pak Jung Hi Clique ermordeten brutal und ohne Verfahren die Führer der "Sozialistischen Massenpartei" und der "Sozialen Partei", die sich für eine demokratische Entwicklung der südkoreanischen Gesellschaft und die friedliche Vereinigung des Vaterlandes eingesetzt hatten.

Sie löste zahlreiche politische Parteien und öffentliche Organisationen auf und maß ihnen schwere Strafen zu, d.h. Todes- und Zuchthausstrafen über ihre Mitglieder und einzelne Personen nur, weil sie sich für die friedliche Vereinigung des Landes ausgesprochen hatten.

Ihre Marionetten-Polizei ist bis Ende 1970, als der sogenannte "4-Jahresplan für den Aufbau der Polizei" auslief, auf über 79 000 Mann gestiegen.

Die Pak Jung Hi Clique "revidierte" dagegen die üblen faschistischen Gesetze rückwirkend und schuf neue dazu; gleichzeitig breitet sie das Polizeisystem und das Geheimdienstnetz aus wie eine Spinnwebe. Allein in den 11 Monaten seit der "Macht"übernahme überarbeiteten und erließen die Pak Jung Hi-Schurken über rund 2 700 rückwirkende "Kabinetts-Erlasse" und über 1 000 hinterhältige Gesetze, z.B. verschiedene "Verordnungen", das "Antikommunistengesetz", das "Nationale Sicherheitsgesetz", das "Spezialgesetz für Bestrafung besonderer Vergehen", usw., um die Aktivitäten aller politischen Parteien und öffentlichen Organe völlig zu unterbinden und sie auch ohne Berechtigung verhaften, einsperren, verfolgen und foltern zu können. Die Anzahl dieser "Straffälle" beträgt im Moment über 4 000.

Alle diesen üblen Gesetze sind so abgefaßt, daß sie nach Belieben alle Aktivitäten unterdrücken können, die der Kolonialherrschaft und der Kriegspolitik des US-Imperialismus gerade im Wege stehen.

Allein am Beispiel des "Antikommunistengesetzes" ist klar ersichtlich, bis zu welchem Ausmaße ihre gemeinen Gesetze faschistischer Natur sind. Durch das "Antikommunistengesetz" ist es ihnen möglich, die Forderung nach elementaren demokratischen Rechten und Freiheiten für das südkoreanische Volk und sogar Aktivitäten der demokratischen politischen Parteien und öffentliche Organisationen als "staatsfeindlich" zu brandmarken, die sich für die unabhängige Vereinigung des Landes und für Verbindungen zwischen Nord- und Südkorea einsetzen; sie können sogar jeden bestrafen, der sich diesen Organisationen anschließt oder Kontakt mit ihren Mitgliedern aufnimmt, oder ihre Aktivitäten bewundert, moralisch unterstützt oder mit an ihnen teilnimmt.

Allein im Jahre 49 verhafteten, folterten und töteten die Verbrecher blindwütig nicht weniger als 109.000 südkoreanische Patrioten und schuldlose Menschen.

Auf der Jeju-Insel wurden in der Zeit von 1948 bis Anfang 1950 über 7 000 Einwohner getötet, das bedeutet, ein Viertel der gesamten Inselbevölkerung.

Während des Korea-Krieges begingen die US-Imperialisten und die Marionettenclique kaltblütig Massenmorde in der nördlichen Hälfte der Republik, und allein in Sinchon-Land,

Hwanghae-Provinz ermordeten diese Verbrecher über 35 000 Einwohner - d.h. 25% der Gesamtbevölkerung des Landes - in etwa 45 Tagen.

Diese Barbareien übertrafen die fürchterlichen Grausamkeiten der Hitler-Clique in den "Osbertine" und "Maidanek" Lagern noch bei weitem.

Selbst nach den extrem gedrückten Zahlen, die südkoreanische Publikationen angeben, erreichten die haarsträubenden Grausamkeiten des US-Imperialismus in Südkorea eine Höhe von nicht weniger als 3 400 Fällen allein in den 2 Jahren von Februar 1967 bis Anfang Februar 1969.

Die Henker der Pak Jung Hi Clique, die über 100 000 südkoreanische Patrioten und Menschen nach dem Militärputsch verhaftet, eingesperrt und ermordet haben, sind jetzt kürzlich Amok gelaufen und schlachten brutal die südkoreanischen Revolutionäre und Patrioten ab, die für eine demokratische Entwicklung der südkoreanischen Gesellschaft und die Vereinigung ihres Vaterlandes gekämpft haben.

VERSCHIEDENE ERDICHTETE VERBRECHEN

Neben den kaltblütigen Folterungen und Morden an Mitgliedern der "Revolutionären Partei für die Wiedervereinigung" erfand der Verräter Pak Jung Hi zahlreiche "Straffälle" und ließ Revolutionäre und Patrioten in Gefängnissen und am Galgen hinrichten.

Während die Verbrecher eine hohe Anzahl Jugendlicher, die mit der Revolutionären Volkspartei Verbindung haben, verhaften, einsperren und verschiedenen unmenschlichen Folterungen aussetzen, begingen sie gleichzeitig die Scheußlichkeit, diese zum Tode oder zu schweren Strafen bis hin zu lebenslänglichem Zuchthaus zu verurteilen. Zu diesem Zweck wurden "Verbrechen" erfunden unter der fälschlichen Behauptung, daß "das Zusammentreffen mit Freunden als Kontakt definiert, gemeinsames Trinken als Treffen angesehen, ein Händedruck als Geheimbündelei betrachtet werden müsse."

Die faschistischen Banditen Pak Jung His konstruierten den sogenannten "Fall der Arbeitsgruppe zur kommunistischen Infiltration Südkoreas über Europa und Japan", brachten ihn zur "rechtsgültigen" Anklage in der Absicht, zahlreiche Patrioten aufgrund des nationalen "Sicherheitsgesetzes" und des "Antikommunistengesetzes" zu ermorden, und "verurteilten" schließlich im letzten Februar Mr. Kim Kyu Nam und Mr. Pak Dae In zum Tode und 14 weitere Personen einschließlich der Frau von Mr. Pak Dae In zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren.

Ebenso ermordeten oder richteten sie sogar gewissenhafte Nationalisten hin einschließlich Mr. Ryo Un Hyong und Mr. Cho Bong Am - alle nur deswegen, weil sie sich für die friedliche Vereinigung des Vaterlandes eingesetzt hatten.

All diese Tatsachen zeigen anschaulich, wie verzweifelt der US-Imperialismus und die faschistische Pak Jung Hi Clique Amok laufen, um die grundlegendsten Freiheiten und demokratischen Rechte des Volkes zu vernichten und seine Menschenrechte in Südkorea zu verletzen.

Anmerkungen

- 1) Pak Jung Hi ist Premier von Südkorea.
- 2) Kim Il Sung ist Premier der Volksdemokratischen Republik Korea.

(Quelle: Material des Koreanischen Nationalen Friedenskomitees vom 22. März 1971)

INDOCHINA

Mit "Hilfe der USA ist es Japan gelungen, die nachholende kapitalistische Industrialisierung innerhalb weniger Jahrzehnte zu vollziehen und sich zu einem der wirtschaftlich stärksten imperialistischen Industriestaaten zu entwickeln. Auf ökonomischem Gebiet hat es seine Vorherrschaft nicht nur im nicht sozialistischen Teil Asiens weitgehend gesichert, sondern ist darüberhinaus zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten für die USA und die europäischen kapitalistischen Staaten geworden. Einer seiner wichtigsten Außenhandelspartner sind die USA.

Wie dieser Teil der "Studie der neuesten Entwicklungen in Indochina aus der Sicht des "Internationalen Rechts" zeigt, ist Japan nicht nur bemüht, seine ökonomische, sondern auch seine politisch-militärische Macht gemeinsam mit den USA in Asien zu sichern. Diese Bestrebungen gehen bis zur direkten Unterstützung des US-Aggressionskriegs in Indochina.

Die Studie wurde auf der 2. Sitzung der "Internationalen Untersuchungskommission über die Kriegsverbrechen der USA in Indochina", die vom 20. - 25. Juni 1971 in Oslo tagte, vorgelegt.

- Hiermit setzen wir unsere angefangene Berichterstattung aus AIB Nr. 5 und Nr.6/1970 und Nr. 1 und Nr. 8/1971 fort. -

JAPAN VEREINIGTE STAATEN GEMEINSAME HERRSCHAFT IN ASIEN

1. Premierminister Eisaku Sato machte in einem gemeinsamen Kommuniqué klar, daß nach seinem Treffen mit dem US-Präsidenten Richard Nixon in Washington am 22.Nov.1969 herausgegeben wurde, daß die japanische Regierung den Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten, einem Militärbündnis zwischen den zwei Ländern, treu bleiben würde.

Der Premierminister bekräftigte ebenso seine Unterstützung der US-Herrschaft in Asien. Während er auf die Rückgabe der administrativen Rechte über Okinawa an Japan verwies, das ein Teil des japanischen Territoriums ist, garantierte er, daß sich die beiden Regierungen konsultieren würden, falls der Friede in Vietnam nicht bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Rückgabe Okinawas geplant war, erreicht sei, ... so daß die Rückgabe sich vollziehen werde, "ohne daß die Bemühungen der Vereinigten Staaten berührt würden, dem südvietnamesischen Volk die Möglichkeit zu geben, ihre eigene politische Zukunft ohne Einmischung von außen zu bestimmen". Das japanische Regierungsoberhaupt versprach in diesem Kommuniqué auch, die japanischen Wirtschaftshilfsprogramme in Asien auszudehnen und zu verbessern, und garantierte einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau Vietnams und anderer Regionen Südostasiens nach dem Vietnamkrieg.

Im Juni 1970, als der auf 10 Jahre begrenzte Sicherheitsvertrag zwischen Japan und den Vereinigten Staaten auslief, entschied die Regierung trotz starker Opposition des japanischen Volkes den Vertrag zu verlängern. Japan ist dabei, sich von einer "Wirtschaftssupermacht" in eine "Militärsupermacht" zu entwickeln mit seinem vierten, von 1972 bis 1975 reichenden Verteidigungsaufbauprogramm, wodurch, wie berichtet, die japanische Militärstärke in wenigen Jahren den siebten Platz in der Welt erreichen soll.

Das japanische Volk war bestürzt und empört, als eine 1 500 starke Speziallandtruppe der auf Okinawa stationierten Dritten US-Marine-Division im Februar 1971 plötzlich zur nördlichen Küste von Südvietnam verlegt wurde, um damit die Saigoner Truppen bei ihrem Einmarsch in Laos zu unterstützen. Okinawa war ein bedeutender Umschlagplatz für US-Truppen während des Manövers "Freiheitssprung", in dem durch eine große 16 300 km Lufttransportoperation im März 1971 Truppen von den Vereinigten Staaten (Fort Black, Nord Karolina) nach Korea (Seoul) verlegt wurden.

Diese Tatsachen zeigen die bedeutende Rolle der Basen auf Okinawa während der vergangenen letzten Jahre der US-Aggression in Vietnam und ebenso ihre bedeutende Rolle in der gegenwärtigen und zukünftigen US-Vorherrschaft in Asien. Es werden Verhandlungen zwischen der japanischen und der US-Regierung über ein "Abkommen über die Rückgabe von Okinawa" geführt, um die administrativen Rechte Japans über die Insel wiederherzustellen, aber die US-Basen mit all ihren offensiven, strategischen und nuklearen Funktionen zu belassen. Diese wichtigen Basen auf Okinawa stellen für die Dritte Marine Division Stützpunkte dar, die nicht nur mit nuklearen Waffen ausgerüstet sind, sondern auch für einen Notfall in jedem Teil Asiens vorbereitet sind; ebenso für die Siebte Abteilung für psychologische Kriegsführung, die darauf ausgerichtet ist, gegen sozialistische Länder zu taktieren; für die pazifische Armeegeheimdienstschule, die Spionageausbildung für antikommunistisches Militärpersonal aus asiatischen Ländern betreibt; für das Erste Spezial Corps der Armee (Green Barretts), Speerspitze aller subversiven Aktivitäten in allen Teilen Asiens; für die strategische Aufklärungstruppe SR 71, die Spionageflüge in den Luftraum über China, Korea und anderen sozialistischen Ländern unternimmt. Die Rundfunkeinrichtungen der Stimme Amerikas (VOA) und die überseeischen antikommunistischen Propagandastationen des US-Außenministeriums sollen ebenfalls auf Okinawa stationiert bleiben. Die wirkliche Rückkehr Okinawas kann nicht ohne Auflösung der Militärbasen erreicht werden, die die Ursache des ganzen Übels sind. Das Bestehenbleiben der Basen wird nach der "Rückgabe der administrativen Rechte" weiterhin die Souveränität Japans verletzen.

Nicht allein auf Okinawa ist die Dritte Marine Division stationiert, sondern auch auf dem japanischen Festland, wo sie im Trainingslager von Kitafuji in der Präfektur Shizuoka üben, wie sie wirklich in Vietnam kämpfen.

Dadurch wird einwandfrei bewiesen, daß das japanische Festland und Okinawa direkt mit dem US-Aggressionskrieg in Vietnam und anderen Teilen Indochinas verbunden sind.

2. Nach dem Einmarsch von US- und Saigoner Truppen in Kambodscha beeilte sich der japanische Premierminister Sato eher als irgendeine andere Regierung die Aktion zu verteidigen, indem er sagte: "die Vereinigten Staaten konnten nicht anders, als diese Entscheidung treffen". Bei der Beantwortung von Parlamentsfragen bezog er auch den Standpunkt der US-Administration, als er die US-Aktion als "Gebrauch des Rechts auf Selbstverteidigung" kennzeichnete. Die unterwürfige Haltung der japanischen Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten wurde vom Volk mit Entrüstung aufgenommen, und eine einflußreiche Zeitung griff in einem Kommentar die Regierung heftig an, die mit ihrer "diplomatischen Linie im Laufe der Nachkriegspolitik erreicht habe, daß es zur Regel wurde zu akzeptieren, was immer die Vereinigten Staaten an politischen Schritten unternehmen könnten". (Asahi Shimbun, 10. Mai 1970). Später zwang die zunehmende Kritik der Öffentlichkeit in aller Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, an der US-Invasion in Kambodscha Premierminister Sato, seine frühere Stellungnahme zu korrigieren, indem er erklärte, er habe die US-Aktion "nicht direkt unterstützt".

An der Konferenz der asiatischen und pazifischen Nationen über Kambodscha, die in Djakarta am 16. Mai desselben Jahres durchgeführt wurde, nahm die japanische Regierung bereitwillig teil und spielte eine bedeutende Rolle. Auf der Konferenz waren Saigon, das Lon Nol Regime und Staaten vertreten, die in den Vietnamkrieg verwickelt sind, wie Südkorea, die Philippinen, Australien und Neuseeland, sowie Indonesien, Malaysia und Singapur, Burma, Indien, Pakistan, Ceylon, Afghanistan und Nepal lehnten es ab, an der Konferenz teilzunehmen. Die Vereinigten Staaten drückten ihre Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Konferenz aus, nachdem ein Kommuniqué herausgegeben worden war, in dem die Teilnehmer, während sie Neutralität vorgaben, den "Rückzug aller ausländischen Truppen", "Wiederbelebung der Internationalen Kontrollkommission" und eine internationale Konferenz unter Teilnahme möglichst vieler Staaten forderten, in Wirklichkeit aber die Vereinigten Staaten von ihrer Verantwortung für das Verbrechen des Aggressionskrieges freisprachen und ihre Unterstützung der US-Vorherrschaft in Asien gelobten. Um Unterstützung für die Resolu-

tion der Konferenz zu erreichen, sandte die japanische Regierung Sonderbeauftragte nach Indonesien, Malaysia, den Vereinten Nationen, Großbritannien, der Sowjetunion, Frankreich, Indien, Kanada, Polen und den Vereinigten Staaten. Der amerikanische stellvertretende Staatssekretär Marshall Green (verantwortlich für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten) lobte bei einem Treffen in New York am 19. Januar 1971 Japan für seine bemerkenswerten ökonomischen und politischen Erfolge auf internationaler Ebene in Asien. Indem er sich auf die asiatische Konferenz vom Mai 1970 in Djakarta bezog, hob er Japans erstmalige führende Position bei solchen politischen Angelegenheiten hervor.

3. Bezugnehmend auf die Invasion in Laos durch US- und Saigoner Truppen in der Zeit von Februar bis Mai 1971 teilte die japanische Regierung am 20. Februar Indonesien, Malaysia, Großbritannien und der Sowjetunion als stellvertretendem Vorsitzenden der Genfer Konferenz, sowie den Mitgliedsnationen der IOC - Kanada, Indien und Polen - mit, daß Japan "große Unterstützung für die Phouma Regierung von Laos leistet" und bat die fünf betroffenen Staaten, "geeignete Schritte in dieser Richtung zu unternehmen". Es ist bekannt, daß Premierminister Phouma in seiner Botschaft vom 5. Februar die Demokratische Republik Vietnam "hauptverantwortlich" für die Verletzung von Kambodschas Neutralität hält. Der Vorschlag der japanischen Regierung war deshalb ein für die US-Administration außerordentlich günstiger Schritt.

4. Der US-Aggressionskrieg hat militärische, politische und diplomatische Mitarbeit und Unterstützung von der japanischen Regierung bekommen und darüberhinaus noch ökonomische Mithilfe und Unterstützung, wie im folgenden aufgezeigt wird, so viel, daß Japan aktiv die Last mit den Vereinigten Staaten in ihren gemeinsamen Anstrengungen, Asien zu beherrschen, teilt.

In dem gemeinsamen Kommuniqué Japan - Vereinigte Staaten vom November 1969 versprach Premierminister Sato, daß Japan und die Vereinigten Staaten mit vereinten Kräften die ökonomische Hilfe für asiatische Länder ausdehnen und verbessern würden. Bei seinem Treffen mit dem US-Präsidenten Richard Nixon in Washington am 24. Oktober 1970 drückte der japanische Premier seine Unterstützung des Plans des US-Präsidenten (Fünf-Punkte-Plan)

für Indochina aus, der am 7. Oktober des Jahres veröffentlicht worden war, und versprach ihm, daß Japan seine ökonomische Hilfe für Indochina verstärken werde. Das lief auf eine Bereitschaftserklärung der japanischen Regierung hinaus, Amerikas Last in Asien mitzutragen.

Im Oktober 1970 entschied die japanische Regierung, dem Saigoner Regime 300 Millionen Yen (rund 850.000 Dollar) für die Reparatur des Danhim Dammes und 4.500.000 Dollar für den Bau eines Dieselkraftwerks in Saigon zu gewähren. Ein "Sachverständigen Team für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südvietsnam", bestehend aus Beamten des Außenministeriums und anderer Ministerien, wurde im Oktober des Jahres, gefolgt von anderen, ausgesandt, um konkretere Pläne für den Bau eines Wärmekraftwerks bei Can Tho, für Bauvorhaben der Wasserversorgung in Saigon und Da Nang, für Bewässerung im Phan Rang Gebiet und Reparaturen im Hafen von Da Nang zu unterstützen.

Dem Lon Nol Regime in Kambodscha, das nach Berichten um eine 20 Mill. Dollar Hilfe ohne Gegenleistung und um 20 Mill. Dollar in Yen gebeten hatte, entschied die japanische Regierung, hunderte von Lastwagen und andere Güter zur Verfügung zu stellen, zusätzlich zu den medizinischen Versorgungsgütern und den Nahrungsmitteln im Werte von 2 Mill. Dollar, worin die Hilfe für das Regime im Sommer 1970 bestand. Die zweite Unterstützung hat offensichtlich militärische Bedeutung.

Das japanische Monopolkapital unterstützt einen "regionalen Gesamtentwicklungsplan", der Südvietsnam, Laos, Kambodscha und Thailand umfaßt. Neun japanische Monopole starteten am 10. März 1971 "Kaiyo Sekiyu" ("See Öl"), ein gemeinsames Vorhaben, das zur Zusammenarbeit mit dem amerikanischen internationalen Interessenten Gulf Oil angelegt ist, um Ölvorkommen im Mekong Delta in Südvietsnam auszubeuten.

5. Erfolge der japanischen Kräfte für Frieden und Demokratie

Die neokolonialistische Politik, die von der japanischen Regierung und den Monopolen verfolgt wird und deren Tendenz zum Militarismus, trifft auf starke Opposition seitens der japanischen Kräfte für Frieden und Demokratie, die eine breite einigige Front aufgebaut haben und Siege in vielen Bereichen ihres Kampfes erringen. Bei seiner Kampagne für die Wiederwahl im April 1971 besiegte der progressive

Gouverneur Ryokichi Minobe aus Tokio, der japanischen Hauptstadt mit einer Bevölkerung von 10 Millionen, unter der Losung "Stoppt Sato" mit großem Abstand seinen konservativen Gegenkandidaten (den früheren Superintendenten der Stadt-Polizei), der alle Unterstützung der an der Macht befindlichen Liberal-Demokratischen Partei hatte. Professor Kuroda, der ein überzeugter Demokrat und Vorsitzender des Osaka Komitees gegen Atom- und Wasserstoffbomben ist, wurde zum Gouverneur von Osaka (8 Millionen Bevölkerung) gewählt. Die Kräfte für Frieden und Demokratie kommen in allen Teilen Japans voran.

(Quelle: Hektographierte Konferenzmaterialien II. Teil der "Studie der neuesten Entwicklungen in Indochina aus der Sicht des internationalen Rechts" vom Juni 1971, S. 9 ff.)

SÜDAFRIKA

Um seine politische und ökonomische Position im südlichen Afrika auszubauen, hatte das südafrikanische Rassistenregime bereits unter seinem früheren Premierminister Hendrick Verwoerd im Jahre 1964 die Konzeption eines von der Republik Südafrika beherrschten südafrikanischen Wirtschaftsraumes (einschließlich Namibias, Angolas, Zambias, Rhodesiens, Mozambiques usw.) verkündet. Dieser Plan eines südafrikanischen "gemeinsamen Marktes" entsprach der nicht zuletzt wieder mit westlicher Hilfe erlangten starken politischen und ökonomischen Position auf dem Kontinent: Südafrika vereinigte zu diesem Zeitpunkt ungefähr 30% des Nationaleinkommens Afrikas auf sich, 43% seiner erzeugten Mineralien, das Doppelte der elektrischen Energie und das Sechsfache der Stahlproduktion aller anderen afrikanischen Staaten; es schickte sich an, zur stärksten afrikanischen Militärmacht zu werden und in erhöhtem Maße - nach Eindämmung des inneren Widerstandes - wieder für ausländisches Kapital attraktiv zu werden.

Zur Durchsetzung dieses imperialistischen Expansionsprogramms entwickelte Südafrika in den letzten Jahren seine "outward-looking policy" oder seine "Politik des Dialogs" mit den afrika-

nischen Staaten. Diese Politik gibt vor, daß sich mögliche politische und ökonomische Beziehungen zwischen der Republik Südafrika und afrikanischen Staaten zu Nutzen der letzteren auswirken würden. Im Gegensatz zu den Repräsentanten einiger afrikanischer Staaten (Malawi, die frankophonen Staaten Madagaskar, Elfenbeinküste), die sich von diplomatischen Kontakten zwischen Südafrika und den südafrikanischen Staaten u.a. eine Beseitigung der Unterdrückung der Afrikaner in Südafrika erhoffen, lassen südafrikanische Politiker keinen Zweifel daran, daß die "Politik des Dialogs" zur wesentlichen Voraussetzung die Zementierung des gesellschaftlichen status quo, d.h. die Aufrechterhaltung der Apartheidspolitik, hat. Da einige afrikanische Staaten offensichtlich auf diese Politik eingehen, ist es notwendig, die Konsequenzen einer solchen Politik für die betroffenen afrikanischen Staaten wie für die im südlichen Afrika agierenden Befreiungsbewegungen zu analysieren.

Im folgenden untersucht Robert Molteno, Mitglied des Lehrkörpers der Universität Sambia, diesen Problemkomplex. Er geht insbesondere auf die Frage ein, ob tatsächlich die von den Anhängern der "Politik des Dialogs" aufgestellten Behauptungen zutreffen, daß ökonomische und politische Beziehungen mit der Republik Südafrika den Industrialisierungsprozeß afrikanischer Gesellschaften durch südafrikanische Kapitalhilfe, durch die Öffnung von Exportmärkten für afrikanische Waren, durch Importe billiger Waren aus Südafrika und durch Export von Wanderarbeitern nach Südafrika wesentlich fördern und die Rassendiskriminierung in Südafrika beseitigen helfen.

Der zweite Teil dieses Textes wird in der nächsten AIB- Nr. abgedruckt.

R. MOLTEÑO: AFRIKA UND

SÜDAFRIKA (I. TEIL)

KAPITAL FÜR DIE ENTWICKLUNG

Malawi und Madagaskar sind die einzigen afrikanischen Staaten, die bis jetzt bedeutende Anleihen der südafrikanischen Regierung erhalten haben. Südafrika ist in der Lage, diese aufzubringen. Südafrikanisches Privatkapital wird von der Anglo-American Corporation in Rhodesien und Sambia angelegt; diese Investitionen wurden jedoch schon zum großen Teil vor deren Unabhängigkeit vorgenommen. Neues Kapital fließt hauptsächlich in die von den Weißen beherrschten Staaten im südlichen Afrika, besonders nach Rhodesien, wo sechs der zehn größten Unternehmen von Südafrikanern kontrolliert werden -

diese sechs südafrikanischen Unternehmen vereinigen 88% des kapitalisierten Marktwertes der 10 größten Unternehmen auf sich.¹⁾ Südafrikanisches Kapital fließt ebenfalls in die portugiesischen Territorien: in die Öl-, Gold- und Eisenerzindustrie Angolas, in die Gas- und Mineralprospektierung in Mozambique. Nur ein kleiner Teil hat seinen Weg in die schwarzafrikanischen Staaten gefunden. Die Anglo-American Corporation hat in Mauretania eine neue Kupfermine erschlossen. Südafrikaner sprechen immer häufiger von Investitionen in Afrika, sofern sie hinreichenden Sicherungen bei der "Besteuerung, Profittransferierung, bei möglicher Verstaatlichung und hinsichtlich der Stellung der im Ausland lebenden (weißen südafrikanischen Arbeiter" unterliegen.²⁾

Kann der Kontinent, während in Afrika ausländische Hilfe zurückgeht und private Investitionen nur zögernd vorgenommen werden, wesentlichen Nutzen daraus ziehen, daß er sich dem südafrikanischen Kapital - dem staatlichen wie dem privaten - öffnet? Die wirtschaftlichen Nachteile eines solchen Handelns sollten nicht übersehen werden.

Erstens wird südafrikanisches Kapital sehr selten in der Industrie angelegt, obwohl die afrikanischen Staaten in erster Linie gerade Industrieinvestitionen suchen. Der Grund dafür ist, daß Südafrika entschlossen ist, in den benachbarten Staaten keinerlei Industrien aufzubauen, die mit seiner eigenen konkurrieren könnten.³⁾ Folglich wurde der größte Teil des Privatkapitals in der extraktiven Industrie investiert - in die Förderung von Kupfer in Sambia, von Eisenerz in Swasiland, von Kohle, Gold und Chrom in Rhodesien, von Gold, Diamanten und Eisenerz in Angola und, in nächster Zukunft, von Diamanten, Kupfer und Nickel in Botswana. Staatliches Kapital floß ebenfalls in nicht-industrielle Investitionsbereiche. Bestes Beispiel dafür ist der bislang umfangreichste südafrikanische Kredit, der im wesentlichen für ein unproduktives Projekt, nämlich für den Bau der neuen Hauptstadt Malawis bei Lilongwe, gewährt wurde. Ein erstaunliches Beispiel für die "Industrialisierung" durch südafrikanisches Kapital ist der kürzlich angekündigte Bau einer Düngemittelfabrik in Malawi. Die Firma, Optichem, hat für fünf Jahre das Monopol auf alle Düngemittelimporte erhalten (von ihrer südafrikanischen Dachgesellschaft). Die einzigen Bearbeitungsvorgänge, die in Malawi ausgeführt werden, sind das Verpacken und die Herstellung von Mischungen. Als Gegenleistung hat die Gesellschaft gegenüber der Regierung von Malawi die unbestimmte Erklärung abgegeben, daß sie

möglicherweise nach Ablauf der fünf Jahre eine Fabrik bauen werde, die tatsächlich Düngemittel herstellt.⁴⁾

Zweitens sind die südafrikanischen Investitionen, wie die meisten zweiseitigen Investitionen, im allgemeinen an die Verwendung von südafrikanischen Waren gebunden. Südafrikanische Regierungsmitglieder haben erklärt, daß dies ein wesentliches Merkmal ihrer Politik der Unterstützung afrikanischer Staaten sei, das für ihre Wirtschaft von beträchtlichem Nutzen sei. Ein kennzeichnendes Beispiel für diese Politik ist der Bau der Nacala-Eisenbahnlinie in Malawi. Als Gegenleistung für den Kredit ist die Regierung von Malawi verpflichtet worden, den Bau durch eine südafrikanische Firma, Roberts Construction, ausführen zu lassen und südafrikanischen Stahl für die Schienen zu verwenden.⁵⁾ Solche Bindung bilateraler Hilfe ohne Rücksichtnahme auf die Wünsche des Empfängerlandes ist ein Kennzeichen der Entwicklungshilfepolitik, die zu unnötig hohen Kosten führt. Wahrscheinlich ist der größte Nachteil bei der Inanspruchnahme südafrikanischen Kapitals darin zu sehen, daß die Gefahr besteht, daß sie, wie die Vergangenheit zeigt, das Eindringen rassistischer Arbeitsbeziehungen nach sich zieht. Die Kupferminen der Anglo-American Corporation in Nordrhodesien sind dafür ein deutliches Beispiel. Als die Gesellschaft in den 30er Jahren ihre Minen ausbaute, übernahm sie südafrikanische Arbeitsbeziehungen: das Verbot für Afrikaner, eine Ausbildung zu erhalten und damit Zugang zu qualifizierten Berufen zu erlangen; eine Farbschranke, die alle Facharbeiterberufe und leitenden Positionen für die Weißen reservierte; ein starkes Gefälle zwischen den Löhnen afrikanischer und weißer Arbeiter; getrenntes Wohnen und getrennte soziale Einrichtungen; die Wanderarbeit (d.h. die Beschäftigung von ungelerten und unterbezahlten Afrikanern, die für kurze Zeiträume von ihren Familien entfernt leben; rassistische Verhaltensweisen der Weißen gegenüber den Afrikanern, die sich zum Beispiel in der Form der Anrede niederschlagen. Sambia wird Jahre brauchen, um diese Struktur der Arbeitsbeziehungen zu beseitigen, die seit der Unabhängigkeit Quelle sozialer Konflikte, von Unruhen in der Industrie und von wirtschaftlicher Ineffizienz war. Es besteht die Gefahr, daß die Probleme, die die Verhältnisse in der Industrie Sambias stören, sich in Botswana wiederholen, wo De Beers 1971 mit dem Abbau von Diamanten beginnen wird. Trotz der Bemühungen Botswanas um eine Respektierung seiner anti-rassistischen Prinzipien durch die Bergwerks-

gesellschaften werden doch viele im Ausland lebende Bergarbeiter unvermeidlich aus Südafrika kommen. Wenn es der Regierung nicht gelingt, auf eine rigorose Erfüllung der geltenden Regelungen zu dringen, so könnten sich Spannungen zwischen den Rassen ergeben.

Es besteht offensichtlich die Gefahr, daß die Einführung von südafrikanischem Kapital auch die seines rassistischen Systems einschließt - besonders dort, wo südafrikanische Bau- und Bergbauunternehmen beteiligt sind, die südafrikanische weiße Arbeiter beschäftigen. Daraus ergeben sich verschiedene wirtschaftliche Nachteile: der hohe Preis der eingeführten weißen Arbeitskraft, der die Produktionskosten erhöht; die Belastung der Zahlungsbilanz aufgrund der Rückführung von Gehältern und Dividenden; die potentiellen Unsicherheiten, die sich aus der dauernden Abhängigkeit von ausländischen Arbeitsleistungen ergeben. Diese wirtschaftlichen und die schon erwähnten sozialen und politischen Nachteile müssen abgewogen werden gegen den möglichen wirtschaftlichen Nutzen, den die Anziehung südafrikanischen Kapitals bewirken könnte.

EXPORTMÄRKTE

Für die meisten Staaten in Ost- und Westafrika geht es in bezug auf ökonomische Beziehungen mit Südafrika in erster Linie um Handelsbeziehungen. Es ist für sie gewöhnlich ökonomisch nicht möglich, Wanderarbeiter nach Südafrika zu schicken. Und während erst sehr wenige Länder beabsichtigen, sich südafrikanischen Touristen und südafrikanischem Kapital zu öffnen, gibt es doch Anzeichen, daß einige - bemerkenswerterweise westafrikanische - Staaten im Stillen ihre bisherige Politik ändern und noch zum großen Teil geheime Handelsbeziehungen mit Südafrika aufnehmen. Obwohl das gesamte Handelsvolumen bis jetzt weder für Südafrika noch für diese Staaten von Bedeutung ist, so bedürfen doch die möglichen Vorteile von Handelsverbindungen mit Südafrika einer sorgfältigen Untersuchung.

Es liegt nicht im Interesse Südafrikas, den zweiseitigen Handel mit Afrika zu fördern; vielmehr geht es ihm darum, seine eigenen Exporte in den übrigen Kontinent zu erhöhen, um damit seine sich verschlechternde Zahlungsbilanz zu verbessern.⁶⁾ Afrika ist der einzige Kontinent, mit dem es eine günstige Handelsbilanz hat.

Weiterhin ist es Südafrika in den letzten fünf Jahren gelungen, diese günstige Bilanz gewaltig zu erhöhen - von 6,2 Mio. Rand⁷⁾ im Jahre 1965 auf 130 Mio. Rand im Jahre 1968.⁸⁾ Das Tempo der afrikanischen Industrialisierung hängt zum Teil vom Vorhandensein von Exportmärkten ab. Südafrika könnte, wenn es wollte, aufgrund seiner Größe und seiner geographischen Nähe einen bedeutenden Absatzmarkt darstellen und so Hauptantrieb für die Industrialisierung des Kontinents sein.

Doch Südafrika widersetzt sich einer solchen Entwicklung. Der Grund dafür ist, daß es, trotz eines diversifizierten und - gemessen an kontinentalen Maßstäben - großen industriellen Sektors den Nachteil hat, eine mit hohen Kosten produzierende Wirtschaft zu haben. Das ist zum Teil auf die hohen Kosten der weißen Arbeitskraft zurückzuführen. 1968 betragen die durchschnittlichen Löhne in der verarbeitenden Industrie für Weiße 3.144 Rand gegenüber 576 Rand für Afrikaner.⁹⁾ Zum anderen Teil ist der Produktionsumfang im allgemeinen kleiner als in Westeuropa - einmal wegen des kleinen Binnenmarktes (der selbst wiederum auf die künstliche Kaufkraftbeschränkung der Afrikaner zurückzuführen ist), und zum anderen, weil es für Südafrika schwierig war, sich für Waren der verarbeitenden Industrie große Exportmärkte zu schaffen.

Weil Südafrika eine mit hohen Kosten produzierende Wirtschaft hat, ist seine Industrie anfällig gegenüber der Konkurrenz durch importierte Industriewaren. Tatsächlich ist es schon im Lande selbst zu Spannungen zwischen den alten Textilfabriken im Reef¹⁰⁾ und den neuen Industriewerken im Borderbereich gekommen. Die letzteren haben - durch den Einsatz von niedriger bezahlten afrikanischen Arbeitern und der teilweisen Einsetzung von Afrikanern in Berufen, die gewöhnlich von Weißen besetzt sind - niedrigere Kosten und sind in der Lage gewesen, die alten Firmen preislich zu unterbieten. Es sind diese Konsequenzen, von denen Südafrika befürchtet, daß sie sich aus der Industrialisierung der anderen afrikanischen Staaten für Südafrika ergeben würden.

Die Regierung hat deshalb Maßnahmen ergriffen, um Exporte der verarbeitenden Industrie der benachbarten Länder vom südafrikanischen Markt fernzuhalten. So räumt das 1967 mit Malawi abgeschlossene Handelsabkommen bestimmten südafrikanischen Landwirtschafts- und Industrieerzeugnissen bevorzugten Zugang nach Malawi ein, gestattet Malawi aber nur den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Südafrika.¹¹⁾

1968 entwickelten sich ähnliche Vereinbarungen zwischen Rhodesien und Südafrika. Die rhodesischen Hersteller antworteten - gemäß den Abmachungen eines 1964 abgeschlossenen Handelsabkommens - auf den Verlust der anderen Märkte, der der einseitigen Unabhängigkeitserklärung¹²⁾ folgte, mit einer Ausweitung ihrer Exporte an Textilerzeugnissen, Radios, Schuhwaren usw. nach Südafrika.¹³⁾ Sie waren dabei im Unterbieten der südafrikanischen Hersteller so erfolgreich, daß die letzteren ihre Regierung veranlaßten, auf das rhodesische Regime dahingehend einzuwirken, daß dieses den Export von rhodesischen Waren der verarbeitenden Industrie nach Südafrika beschnitt - trotz des Handelsabkommens zur Ausweitung des zweiseitigen Handels. 1970 gab Südafrikas führende Finanzzeitung, The Financial Mail, zu, daß Rhodesien sich weigern würde, dem Gemeinsamen Markt Südafrikas beizutreten, wenn "den noch jungen rhodesischen Industrien nicht der großzügige Zugang zum südafrikanischen Markt gewährt wird. Und genau diese Vorstellung ist es, die den südafrikanischen Industriellen so schwer zu verkaufen ist".¹⁴⁾

Zwei Beispiele existierender Beziehungen Südafrikas mit Entwicklungsländern sollten von den Staaten studiert werden, die beabsichtigen, Beziehungen mit der Republik aufzunehmen. Das naheliegendste ist natürlich Namibia (Südwestafrika). Nach 50 Jahren direkter Herrschaft durch Südafrika hat Namibia so gut wie keine Industrie. Seine Wirtschaft stützt sich auf den Bergbau, die Landwirtschaft, Fischfang und ein wenig Tourismus; zudem hat die Bevorzugung des Bergbaus bei den Bewohnern Namibias zu der Befürchtung geführt, daß ihnen letztendlich nichts bleiben wird außer ausgelaugtem Boden. Das andere Beispiel sind die früheren High Commission Gebiete.¹⁵⁾ Als im Dezember 1969 von neuem über das Zollunionabkommen¹⁶⁾ verhandelt wurde, verlangte Südafrika einen Schutz für seine eigene Industrie, zusammen mit dem freien Zugang von Waren seiner verarbeitenden Industrie nach Botswana, Lesotho und Swaziland. Dieser Versuch wurde schließlich zum Teil vereitelt, aber erst nach längeren Verzögerungen und nachdem er durch die Presse bekannt geworden war.¹⁷⁾ Obwohl diese drei Staaten jetzt, unter gewissen Umständen, ihre Industrien vor der Republik schützen können, ist der südafrikanische Markt für die Hersteller seiner ärmeren Nachbarn immer noch nicht frei zugänglich.

Diese Beispiele zeigen, daß die afrikanischen Staaten nicht mit Südafrika als einem

Absatzmarkt für ihren wachsenden Ausstoß an Waren der verarbeitenden Industrie rechnen können. Südafrika ist entschlossen, seine Handelsbeziehungen mit Afrika wie die klassischen zwischen industrialisierten und unterentwickelten Staaten einzurichten - wobei die letzteren auf den Export von unbearbeiteten Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beschränkt bleiben.

Südafrika kann sich mit fast jedem Mineral, das es braucht, selbst versorgen. Da es zudem gemäßigte wie auch halbtropische Zonen hat, kann seine Landwirtschaft den größten Teil des Bedarfs an Zucker, tropischen Früchten und sogar in steigendem Maße an Kaffee und Tee decken. Ein begrenzter Markt existiert nur für Naturkautschuk, Kakao und tropische Hölzer. Da er in jedem Fall im Vergleich zu den Weltmärkten klein ist, würde dieser zusätzliche Markt, den Südafrika für diese Erzeugnisse den afrikanischen Staaten öffnen könnte, beim gegenwärtigen Handelsvolumen des Kontinents nur von geringer Bedeutung sein. Da es diese Güter zudem schon importiert - oft über westeuropäische Zwischenhändler - könnte es gut sein, daß überhaupt keine Vergrößerung des Marktes für Afrika als Ganzes erfolgen würde. Direkter Handel mit Südafrika würde höchstens einem oder zwei Ländern auf Kosten der anderen afrikanischen Länder, die gegenwärtig unwissentlich die Republik indirekt beliefern, Nutzen bringen. Sehr wahrscheinlich würde das hauptsächlich nur eine Kostenverringerung der südafrikanischen Importe zum Ergebnis haben.

BILLIGERE IMPORTE VON SÜDAFRIKANISCHEN WAREN

Hier müssen einige Dinge berücksichtigt werden: Südafrikanische Waren sind oft nicht billiger als die anderer Länder. Textilien, Kunststoffe und Elektroerzeugnisse können von Ländern wie Japan und Hongkong im allgemeinen billiger geliefert werden als von Südafrika. Wo Südafrika einen Kostenvorteil gegenüber Europa hat, gilt er nicht für die westafrikanischen Länder, die von Europa so weit entfernt sind wie von Südafrika. Nur im Hinblick auf die zentral- und ostafrikanischen Länder hat Südafrika einen Vorteil bei den Transportkosten gegenüber den größeren Industrienationen.

Es ist auch notwendig, sich daran zu erinnern, daß das Importgeschäft dieser Länder sich meistens noch in den Händen von Ausländern befindet. Sie haben oft seit langer Zeit bestehende Verbindungen mit südafrikanischen

(und rhodesischen) Herstellern. Sie sind oft bereit, südafrikanische Waren zu importieren, auch wenn diese nicht die billigsten sind, wenn sie ihre zusätzlichen Kosten an ihre Käufer weitergeben können. Sambias Erfahrungen, das den Handel mit Rhodesien seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung und mit Südafrika seit 1969 verringert hat, haben gezeigt, wie zögernd die Importeure bestehende Bindungen lösen und Verträge mit anderen Ländern suchen. Die Tatsache allein, daß der private Sektor eines afrikanischen Staates Waren traditionell aus Südafrika eingeführt hat, ist keine Garantie dafür, daß Südafrika die billigste Bezugsquelle ist.

Aber selbst wenn südafrikanische Waren der verarbeitenden Industrie billiger sind als europäische, gibt es gute wirtschaftliche Gründe, sie zu meiden. Importsubstitution ist einer der deutlichsten ersten Schritte zur Industrialisierung und wird wahrscheinlich durch die Konkurrenz billiger Importe aus einem nahegelegenen Wirtschaftsraum unterbunden. Die einheimische Industrialisierung in Entwicklungsländern erfordert nicht billige Importe aus einem entwickelten Land, sondern Schutzmaßnahmen gegen sie. In Anerkennung dieser Bedürfnisse konzentriert sich die langfristige wirtschaftliche Planung der afrikanischen Staaten durch die Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)¹⁸⁾ darauf, den Handel zwischen den unabhängigen afrikanischen Staaten zu entwickeln, anstatt den zwischen jedem einzelnen Staat und der entwickelten Welt.

Schließlich sind die politischen Nachteile selbst dann gravierend, wenn wichtige Industrieerzeugnisse, die gegenwärtig nicht in Afrika hergestellt oder gekauft werden können, aus Südafrika billiger als aus Europa importiert werden könnten. Wenn es Südafrika gelingt, einen bedeutenden Teil des Bedarfs eines afrikanischen Staates zu decken, so wird es mit der Zeit einen Einfluß auf dieses Land ausüben, nämlich dann, wenn Ersatzteillieferungen und Instandhaltungsarbeiten notwendig werden. Keine europäische Regierung würde daran denken, seine Wirtschaft an die Lieferungen eines Landes zu binden, mit dem es sich im Zustand des "Kalten Krieges" befindet. In den letzten Jahren wurde Sambia von Schwierigkeiten dieser Art betroffen.

Hinzu kommt, daß es wenigstens zwei wirtschaftliche Gründe gibt, warum afrikanische Staaten, selbst wenn sie den Handel mit Südafrika jetzt anstreben, zu einem späteren Zeitpunkt wünschen könnten, diese Bindungen zu lösen.

Erstens ist die Republik anfällig für starke Inflationsraten - teilweise aufgrund der künstlich hervorgerufenen Knappheit von Facharbeitern, die auf die Reservierung dieser Berufe für Weiße zurückzuführen ist. Jeder Kostenvorteil, der jetzt vielleicht bei bestimmten Importartikeln besteht, kann ebensogut sehr schnell fortfallen; was jetzt als ein 'guter Kauf' erscheint, könnte plötzlich bei weiter anhaltenden krampfhaften Versuchen Südafrikas verschwinden, die Wirtschaft alleine mit weißen Facharbeitern aufrecht zu erhalten. Zweitens ist Südafrika politisch eine instabile Gesellschaft. In die frühen 60er Jahre fielen die Kampagne des PAC, die in den Ereignissen in Sharpeville ihren Höhepunkt fand,¹⁹⁾ Notstandsmaßnahmen, allgemeine Streiks, Sabotageunternehmen, die Pondolandrebellion in der Transkei,²⁰⁾ der Poqo-Aufstand,²¹⁾ das Verbot von ANC und PAC und ihre Entscheidung, mit revolutionären Guerillaunternehmungen zu beginnen. Und erst seit 1966 sind diese inneren Oppositionsbewegungen durch das Zusammenwirken von Streitkräften, Agentennetzen und Polizeifolterung von Verdächtigen zeitweilig zerschlagen worden. Die Annahme - oder die Hoffnung - daß diese offensichtliche Ruhe der letzten vier Jahre unendlich lange andauern werde, ist eine gefährliche Illusion. Chief Minister Matanzima verlangt immer nachdrücklicher die Unabhängigkeit der Transkei; die Befreiungsbewegungen unternehmen immer größere Anstrengungen, dem Guerillakrieg in Südafrika eine Basis zu verschaffen. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, daß das Volk im Land neue Organisationen schafft. Solche Ereignisse erschütterten die südafrikanische Wirtschaft - und würden, so wie die Ereignisse in Sharpeville, Kapitalflucht, Rezession und Unterbrechung der Produktion und der Exporte verursachen. Es würde für die afrikanischen Staaten langfristig selbst sehr gefährlich sein, ihre Volkswirtschaften mit solcher einer politisch instabilen Wirtschaft zu verbinden.

DER EXPORT VON WANDERARBEITERN NACH SÜDAFRIKA

Südafrikas Bedarf an ausländischen afrikanischen Wanderarbeitern nimmt noch zu. Die meisten von ihnen arbeiten in den Bergwerken, und in den 60er Jahren verstärkte sich die Abhängigkeit der Minen von ausländischen Arbeitskräften noch ein wenig - von einem Anteil von 60,8% ihrer Arbeitskräfte im Jahre 1962 auf 65,7% im Jahre 1968.²²⁾ Viele arbeiten auch auf Farmen des "platteland",²³⁾ die in weißem

Besitze sind. Die meisten dieser Wanderarbeiter kommen aus den früheren High Commission-Territorien, Rhodesien, Mozambique und Malawi. Trotzdem ist es vorstellbar, daß Südafrika in Zukunft gewillt sein könnte, weitere Zehntausende von Arbeitern aus Sambia und Ostafrika zu importieren.

Die Unruhen, die nach 1966 in der Westprovinz Sambias entstanden, als die Regierung die Anwerbung von Arbeitskräften durch die Native Labour Association des Witwatersrand ²⁴⁾ unterband, zeigen, daß eine Anzahl von Personen finanziell von zeitweiliger Beschäftigung in der (Südafrikanischen) Republik abhängig geworden war. Das überrascht nicht, wenn man den gegenwärtigen Entwicklungsstand von Südafrika und Sambia vergleicht. Für viele afrikanische Familien ist es schwierig, in ihren eigenen, viel weniger entwickelten Ländern genügend Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren oder einen entsprechenden Barverdienst zu erwerben.

Trotzdem entstehen für den einzelnen Wanderarbeiter Kosten, die jede unabhängige Regierung berücksichtigen sollte, bevor sie den Export von Arbeitskräften nach Südafrika fördert oder beginnt. Die Reallöhne afrikanischer Minenarbeiter haben sich im letzten Jahrhundert, zwischen 1911 und 1968 verringert. ²⁵⁾ 1968 betrug der durchschnittliche Lohn eines afrikanischen Minenarbeiters nur 216 Rand im Jahr, während der Anfangslohn 106 Rand betrug ²⁶⁾ Auf den Farmen, auf denen mehrere Hunderttausend weitere Wanderarbeiter beschäftigt sind, sind die Löhne noch geringer. In jedem Falle reicht das jährliche Einkommen nicht aus, um den Arbeiter und seine Familie zu ernähren. Tatsächlich beruht das ganze System der südafrikanischen Wanderarbeit auf der Voraussetzung, daß der Arbeitgeber nicht verpflichtet ist, dem Arbeiter Lohn für den Lebensunterhalt zu zahlen, da seine Familie sich angeblich auf dem Land im "Reservat" selbst erhält und der Arbeiter lediglich einen geringen zusätzlichen Barverdienst für angebliche Luxuswaren wünscht. Darüberhinaus kommt der ausländische Wanderarbeiter in Südafrika (ebenso wie der einheimische afrikanische Minenarbeiter) nicht in den Genuß zusätzlicher Leistungen, die normalerweise mit einem Arbeitsverhältnis verbunden sind: kein Krankengeld, keine Arbeitslosenunterstützung, kein bezahlter Urlaub, vor allem keine Rente. Ihm ist es nicht gestattet, seine Familie mitzubringen. Den größten Teil des Jahres über kann ein Ehemann und Familienvater nicht bei seiner Familie sein. Außer dem privaten Leid, das dadurch verursacht wird, ist oft Homosexualität die Folge. Der Wanderarbeiter kann

sich seinen Arbeitgeber in den Minen nicht wählen. Er ist durch Gesetze daran gehindert, seine materielle Lage durch den Beitritt zu einer Gewerkschaft oder durch Beteiligung an einem Streik zu bessern. Er erwirbt keine dauerhaften Fähigkeiten, die ihm von produktivem Nutzen sein können, wenn er in seine Heimat zurückkehrt. Er lebt in einer Gesellschaft, deren Grundsätze, nach denen schwarze Menschen minderwertig und unfähig zur Selbstregierung seien, denen seiner eigenen entgegengesetzt sind.

In diesem Zusammenhang stellte der Präsident von Botswana, Sir Seretse Khama, kürzlich fest: "Während ich Südafrikas Realismus in der Hinsicht anerkenne, daß es seine territorialen Ansprüche aufgegeben hat, möchte ich doch völlig klarstellen, daß Botswana niemals die Rolle akzeptiert hat und auch niemals akzeptieren wird, die der verstorbene Dr. Verwoerd damals für uns vorsah, nämlich die eines Bantustans ²⁷⁾. Botswana ist kein sogenanntes "Homeland", das auf ethnischer Exklusivität und Rassentrennung gegründet ist, sondern eine nicht-rassistische Demokratie, die jede Form von Apartheid und Rassendiskriminierung ablehnt, wo auch immer sie angewandt werden mag."

Darüberhinaus ist der Nutzen für das Nationaleinkommen der Länder, die Wanderarbeiter nach Südafrika exportieren, sehr gering. So wurden beispielsweise nach Lesothom aus dem 164 000 Männer und etwa 30 000 Frauen als Arbeitskräfte nach Südafrika kamen, (mehr als aus jedem anderen afrikanischen Staat), 1965 nur 5,4 Mio. Rand transferiert. Das bedeutete eine Erhöhung des Nationaleinkommens von ungefähr 5 Rand pro Kopf ²⁸⁾. Das ist wesentlich mehr als in jedem anderen Staat, der Wanderarbeiter in die (Südafrikanische) Republik exportiert. Der entsprechende Wert für Malawi liegt schätzungsweise bei 50 Cents.

Aber der größte Schaden, den afrikanische Staaten durch den fortgesetzten Export von Wanderarbeitern nach Südafrika haben, besteht darin, daß sie durch den Export ihrer Arbeitslosen nur vorübergehend ihre ökonomischen Schwierigkeiten mildern. Die Arbeitslosen kehren unvermeidlich nach Auslaufen ihrer Verträge zurück. Ihre Abwesenheit hat ihre heimatliche Volkswirtschaft keineswegs dazu gebracht, ihre Bedürfnisse auf angemessenere Weise zu befriedigen. Tatsächlich bedeutet gerade ihre Abwesenheit, daß ihre Wirtschaft einen bedeutenden Prozentsatz ihrer leistungsfähigen, in den produktiven Lebensjahren stehenden Arbeitskräfte verliert. Diese Männer sind nicht verfügbar, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Sie können nicht

zu dem schwierigen, aber notwendigen Prozeß der ursprünglichen Kapitalakkumulation beitragen, auf der die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum, höheren Beschäftigungsgrad und höheren Lebensstandard beruht. So erlaubt der Export von Arbeitslosen als Wanderarbeitern einer Regierung einerseits, einem drängenden Problem der ökonomischen Entwicklung auszuweichen; andererseits reduziert er die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft durch Entzug ihrer einzigen und potentiell wirksamsten Ressourcen - qualifizierter Arbeitskräfte.

Daher stellt die Argumentation, daß Malawi und andere Länder davon profitieren, daß sie Wanderarbeiter nach Südafrika schicken können, eine starke Simplifizierung des Problems dar, die die sozialen und dabei entstehenden langfristigen ökonomischen Kosten außer acht läßt.

ABBAU DER APARTHEID DURCH DIE POLITIK DES "DIALOGS"?

Einige afrikanische Führer haben die Meinung vertreten, daß ein Abbau der Gegnerschaft Afrikas gegenüber Südafrika den Weißen allmählich ihre Furcht vor den Afrikanern nehmen und sie zur Liberalisierung ihrer Herrschaft veranlassen werde. Dr. Banda ²⁹⁾ gab diesem Standpunkt entschieden Ausdruck, als er im Mai 1970 in Zomba einen Toast auf Mr. Vorster ³⁰⁾ ausbrachte: "Nur durch Kontakte wie diese können wir Ihrem Volke verdeutlichen, daß es zivilisierte Völker nichtweißer Hautfarbe gibt ... Wenn ich irgendeine Hoffnung habe, Sie zu überzeugen, wenn wir unsere schwarz-weißen Probleme lösen wollen, dann ist der beste Weg dazu, nicht, sie von London, New York oder Dar es Salaam aus zu bekämpfen. Eine Politik der Isolierung Südafrikas wird die anstehenden Probleme nicht lösen. Wir müssen beginnen, miteinander zu reden. Ich reise nach Südafrika. Sie kommen hierher. Ich gestatte Ihrem Volke, hierher zu kommen und sich anzusehen, wie die Menschen hier leben. Das mag unser Problem nicht heute lösen, nicht nächsten Monat, nicht in fünf, zehn oder selbst 20 Jahren. Aber ich bin ehrlich überzeugt, daß dies am Ende die einzige Lösung sein wird." ³¹⁾

Andere afrikanische Führer haben neuerdings ähnliche Argumente angeführt. Dr. Busia, der Premierminister von Ghana, erklärte im November 1969, er wünsche, daß weiße Südafrikaner Ghana besuchten; dies werde allmählich ihre rassistische Einstellung ändern. ³²⁾ Im gleichen Monat behauptete der madegassische Außenminister, daß Südafrika nur mit friedlichen Mitteln dahin gebracht werden könne, seine Politik zu ändern. ³³⁾

Diese Argumente lassen mehrere fundamentale Voraussetzungen außer acht, auf denen die politischen Einstellungen des weißen Südafrikas beruhen.

(a) Die südafrikanische Politik der Apartheid oder der getrennten Entwicklung beruht auf dem Bestreben, die politische Macht in den Händen der Weißen zu behalten, weil die Privilegien der weißen Gesellschaft von ihr abhängig sind. Ohne die Monopolisierung der politischen Macht könnten die südafrikanischen Weißen nicht länger von der gesetzlichen Rassenschranke in der Industrie, von ihrem ausschließlichen Eigentum an den Bodenschätzen des Landes und an 87% seines Bodens, von der Trennung der Wohngebiete, dem Bildungsprivileg, der Kontrolle über die Gewerkschaften usw. profitieren. Die entscheidende Ursache der Apartheidoktrin beruht weniger auf der Überzeugung, daß Afrikaner sich nicht wirksam selbst regieren könnten, als vielmehr auf der vollkommen berechtigten Furcht, daß eine Herrschaft der Mehrheit unvereinbar wäre mit der Aufrechterhaltung von Privilegien der Weißen. Kein noch so intensiver Kontakt mit afrikanischen Spitzenpolitikern kann diese Furcht vermindern. Während es also möglich ist, daß die persönliche Einstellung gegenüber einzelnen Afrikanern durch verstärkte Kontakte zu afrikanischen Staatsmännern oberflächlich beeinflußt wird, besteht doch keine Aussicht, daß dies zu einer radikalen Veränderung der politischen Zielsetzung der südafrikanischen Regierung führen wird. Doch ist es angeblich eine radikale Veränderung, die diese afrikanischen Politiker wünschen, und nicht nur geringfügige Verbesserungen.

(b) Die nach "außen orientierte" Politik Südafrikas - die Suche nach Freunden in Schwarzafrika - beruht auf dem Vertrauen in seine Fähigkeit, strenge Kontrolle über die Schwarzen im eigenen Land aufrechtzuerhalten. Wenn Vorster ausländischen schwarzen Politikern die Hände schüttelt, weiße Frauen an Dinnertafeln neben schwarzen Staatsbesuchern sitzen, dann kann dies von der Wählerschaft in Südafrika solange hingenommen werden, wie sich dadurch keine negativen Konsequenzen für sie ergeben. Die südafrikanische Regierung hat eindeutig erklärt, daß Befürchtungen dieser Art grundlos seien.

(c) Daß diese Befürchtungen grundlos sind, zeigt sich an der großen Zahl von Legislativakten zur Verschärfung der Apartheidspolitik in allen Lebensbereichen; und zwar gerade während der letzten vier Jahre, die durch die sogenannte "nach außen orientierte Politik" gekennzeichnet waren.

1. Das Ausmaß des Terrors nimmt in ganz Südafrika zu. Im Jahre 1967 wurde der Terrorismus Act verabschiedet, demzufolge jeder ohne Gerichtsverhandlung vom Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten und für den Rest seines Lebens in Einzelhaft gefangen gehalten werden kann. 1969 wurde das Büro

für Staatssicherheit gegründet, um das Netz der Politischen Polizei zu erweitern und zu koordinieren. Die Zahl der politisch Verdächtigen, die in Polizeigewahrsam gestorben sind, hat in den letzten Jahren ständig zugenommen.

2. Das gesamte System der Rassentrennung ist gesetzlich und administrativ ausgebaut worden. Die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln und an den Stränden ist sogar im traditionell weniger rassistischen Kapstadt vollständig durchgeführt worden.
3. Über eine Million Menschen sind nach dem Group Areas Act und dem Urban Areas Act bereits aus ihren Wohnungen vertrieben worden. Dieser Prozeß dauert an. Es gab keinen einzigen Versuch, die Zahl der in der von Weißen kontrollierten Wirtschaft beschäftigten Afrikaner zu verringern, sondern nur Anstrengungen, ihre Familien in die "Bantustans" zu treiben und die Männer als Wanderarbeiter in "Junggesellen-Kasernen" unterzubringen.

Eine zunehmende Zahl von Afrikanern wird von dem Land, auf dem sie gelebt haben, vertrieben und gezwungen, in primitiven Eingeborensiedlungen zu leben, wie z.B. dem berüchtigten Limehill, wo es keine Häuser, keine Dienstleistungen irgendwelcher Art und keine Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Indem der stellvertretende Minister für Bantu-Verwaltung und -Erziehung, Dr. P.G.I. Koornhof erklärte, "welche Fortschritte wir gemacht haben bei der Durchsetzung dieses Aspektes unserer Politik, d.h. bei der Eliminierung überflüssiger, wirtschaftlich nicht aktiver Bantus aus unseren weißen Gebieten", stellte er fest: "Ungefähr 900 000 Bantus sind während der Regierung der National Party in den letzten Jahren seit 1959 umgesiedelt worden. Dies ist sicherlich keine geringe Leistung; es ist im Gegenteil ein gewaltiger Erfolg. In der gleichen Zeit unter der Herrschaft der National Party sind mindestens 216 000 Afrikaner aufgrund des Group Areas Act in dem Gebiet von Johannesburg umgesiedelt worden. Ungefähr 75 000 sind aus sogenannten Black Spots entfernt worden." ³⁴⁾

Afrikanischen Händlern und Geschäftsleuten wurde gesagt, daß sie bald das Recht verlieren würden, in den städtischen Gemeinden zu arbeiten. Das Sekretariat für die Bantu-Verwaltung versandte am 15. Juli 1969 ein Rundschreiben A 12/1 an alle städtischen Lokalbehörden. In ihm hieß es: "Städtische Wohnbezirke der Bantus liegen innerhalb der Gebiete von Weißen ... Die lokalen Behörden werden daher ersucht, sicherzustellen, daß Nichteuropäern keine Sprechzimmer und Büroräume in städtischen Wohnbezirken der Bantus zur Verfügung gestellt werden. Denn berufliche Dienstleistungen sollen in städtischen

Wohnbezirken der Bantus von Weißen geleistet werden". ³⁵⁾ Schließlich wurde Anfang 1970 ein General Law Amendment Act erlassen, nach dem der Minister die Anstellung jedes Afrikaners in jedem Beruf, an jedem Ort, durch jeden Arbeitgeber verbieten kann. Sofort wurde dieses Gesetz angewandt, um Afrikaner von einer Reihe "White-Collar-Jobs" auszuschließen, z.B. von Bürotätigkeiten, die einige ausübten.

Die Zahl der Afrikaner, die für rein technische Vergehen belangt wurden, für die Weiße nicht zur Verantwortung gezogen werden (z.B. bei Vergehen gegen bestimmte Bestimmungen der Paßgesetze, die die Freizügigkeit der Afrikaner unterbinden), erreichte 1967/68 mit 937 098 Personen einen Höhepunkt, verglichen mit 723 952 im Jahre 1965/66. ³⁶⁾

Inzwischen bleibt die "Bantustan"-Politik als alternative politische Lösung der Integration für das afrikanische Volk unglaubwürdig. Die Transkei - das Paradebeispiel eines "Bantustan" - ist der Unabhängigkeit nicht näher als bei ihrer Gründung vor sieben Jahren. Sie stellt z.B. ihren 1 1/2 Millionen Einwohnern nur 41 679 Arbeitsplätze zur Verfügung und ist bei über 70% seiner Ausgaben von der südafrikanischen Regierung abhängig.

Die unbarmherzige Verschärfung der Apartheid in den letzten Jahren ist den Vertretern des Arguments, daß Kontakten mit Afrikanern eine Liberalisierung folgen werde, natürlich bekannt. Tatsächlich ist es Präsident Banda und Chief Jonathan ³⁷⁾ nicht gelungen, die Lage ihrer eigenen Landsleute, die in Südafrika arbeiten, zu verbessern. Sie waren unfähig, Verhandlungen über Lohnerhöhungen, über eine Milderung der Rassenschranke, die Afrikaner von qualifizierten Berufen fernhält, über eine Aufhebung der Rassentrennung und eine Verminderung der Polizeiwillkür einzuleiten. Die Bitte von Chief Jonathan, die er während ihres Treffens im Januar 1967 an Vorster richtete, nämlich die Arbeitsbedingungen von Basutos in Südafrika zu verbessern, fand kein Gehör. ³⁸⁾

Die traurige Wahrheit ist, daß die internationale Anerkennung Südafrikas durchweg begleitet war von einem Abbau der Rechte und der Zukunftsaussichten der afrikanischen Bevölkerung. Starker Druck wegen seiner Rassenpolitik wurde nicht erst in den 50er Jahren auf Südafrika ausgeübt. Seine Position war bis dahin gesichert und innerhalb des Commonwealth sogar von Bedeutung. Bereits seit 1910 befand sich die weiße Wählerschaft durchweg auf der politischen Rechten. Durch den Land Act von 1913 wurden die Afrikaner auf 8% des Bodens beschränkt. Schrittweise verloren alle Nichtweißen zunächst das Recht, gemeinsam mit den Weißen zu wählen, später sogar die Möglichkeit, einige wenige besondere Vertreter ins Parlament zu wählen. Immer mehr qualifizierte Berufe blieben den

Weißer vorbehalten. Die Einkommensdifferenzen zwischen den Rassen vergrößerten sich. Zum Beispiel erhöhten sich die Lohnunterschiede zwischen schwarzen und weißen Minderheiten von 1:7 im Jahre 1899 auf 1:15 im Jahre 1966. 39)

Es gibt offensichtlich keinen historischen Zusammenhang zwischen dem Fehlen eines internationalen Druckes und einer Liberalisierung der Rassenpolitik. Und es gibt keinen Grund zu der Annahme, die 70er Jahre könnten einen solchen Zusammenhang erweisen. Tatsächlich zeigte die Ablehnung des Manifestes von Lusaka vom Mai 1969 durch Südafrika, in dem Ost- und Zentralafrikanische Staaten Südafrika ihre Freundschaft anboten, falls es die Rassenpolitik abschaffen würde, mit der Begründung, dies sei eine Einmischung in ihre innere Angelegenheit, daß eine Annäherung zwischen Schwarz Afrika und Südafrika seitens Südafrika nicht erwünscht ist, wenn sie ein Ende der weißen Vorherrschaft einschließt. Denn die Ursachen für die Tendenz der Weißen, die Rassenpolitik zu verschärfen, ist in innepolitischen Faktoren Südafrikas zu suchen, vor allem in der Gewißheit, daß ihre Monopolisierung der politischen Herrschaft die einzige Garantie dafür ist, daß sie ihr Leben weiter so führen können wie bisher.

Anmerkungen

- 1) Top Companies: F.M. Special Survey, Supplement to the Financial Mail (Johannesburg), 26.3.1970.
- 2) Newscheck vom 28.12.1969.
- 3) Vgl. unten das Kapitel über die Exportmärkte.
- 4) The Star (Johannesburg), 1.11.1969.
- 5) Africa Research Bulletin, Economic Series, S. 1529.
- 6) Zur Verschlechterung der Südafrikanischen Zahlungsbilanz vgl. Teil II des Aufsatzes im folgenden Heft des "Antiimperialistischen Informationsbulletins".
- 7) Nach "Monatsberichte der Deutschen Bank" Nr. 8/71 entsprechen 100 Rand 512,40 DM.
- 8) Die Daten sind folgenden Publikationen entnommen: Barclays Overseas Review; den südafrikanischen Jahrbüchern; H. Houghton, The South African Economy, Oxford University Press, Cape Town 1967.
- 9) A Survey of Race Relations in South Africa, 1969, S. 94.
- 10) Ältere südafrikanische Industrieregion.
- 11) Diese "Grenzlandindustrien" (border industries) befinden sich im Grenzland zwischen den von Weißen beanspruchten Gebieten und den Reservaten auf dem Gebiet der Weißen.
- 12) Die einseitige Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens (unilateral declaration of independence = UDI) erfolgte am 11.11.1965.
- 13) The Star (Johannesburg) vom 4.3.1968.
- 14) Financial Mail (Johannesburg) vom 19.5.1970.
- 15) Mit den "früheren High Commission Territories" sind die heute formal unabhängigen Staaten Swaziland, Botswana und Lesotho gemeint, die sich aufgrund ihrer geographischen Lage in starker Abhängigkeit gegenüber Südafrika befinden. Diese Abhängigkeit schlägt sich unter anderem auf wirtschaftlichem Gebiet in einer gemeinsamen Währung und Zollunion nieder.

- 16) Das neue Zollabkommen zwischen Südafrika einerseits und Lesotho, Botswana und Swaziland vom 12.12.1969 ersetzte das alte Zollabkommen zwischen Südafrika und den ehemaligen brit. Hohen-Kommissariatsgebieten aus dem Jahre 1910.
 - 17) Financial Mail (Johannesburg) 24.1.1969.
 - 18) ECA = UN-Wirtschaftskommission für Afrika.
 - 19) Der PAC (Panafrikanist Congress) ist hervorgegangen aus dem ANC (African National Congress), einer antirassistischen Widerstandsorganisation von Schwarzen und Weißen. Indem der PAC selbst rassistische Exklusivität pflegt, erweist er sich selbst als Opfer des Rassismus; dieser nationalistische und rassistische Charakter des PAC hat diesen natürlich nicht daran gehindert, gegen die zunehmende Repression der Apartheidspolitik, insbesondere in der Form der Paßgesetze, zu opponieren. So entfaltete er am 21. März 1960 eine gewaltlose Antipaßkampagne, in deren Gefolge es zu terroristischen Ausschreitungen der Polizei in Sharpeville kam, bei denen 83 nichtweiße Personen erschossen und 365 verletzt wurden, undes zum Verbot von ANC und PAC kam. (Siehe AIB Nr. 6/7/1971)
 - 20) Bei der Pondolandrebellion handelt es sich um einen Aufstand afrikanischer Bauern in einem Teilgebiet der Transkei in den Jahren 1959/60 gegen die Politik der politischen und ökonomischen Diskriminierung durch die südafrikanische Zentralregierung.
 - 21) Die Poquo-Organisation stellte eine paramilitärische Zweigorganisation des PAC dar, die insbesondere 1962/63 Überfälle auf Polizeistationen, Läden usw. vornahm und dabei auch Personen afrikanischer wie europäischer Abkunft tötete.
 - 22) H. Houghton, The South African Economy, a.a.O., S. 105; A Survey of Race Relations in South Africa, 1968, S. 104.
 - 23) "Platteland" heißt wörtlich übersetzt das "flache Land"; im südafrikanischen Sprachgebrauch werden damit aber gewöhnlich die von Weißen besetzten Agrargebiete des Landes gekennzeichnet.
 - 24) Organisation zur Lenkung des Arbeitskräftebedarfs.
 - 25) Vgl. die Untersuchung von Dr. F. Wilson, Financial Mail (Johannesburg) vom 10.5.1968.
 - 26) A Survey of Race Relations in South Africa, 1967, S. 92.
 - 27) "Bantustan" oder "homeland" stellt im rassistischen Vokabular Südafrikas eine euphemistische Umschreibung des aus der Kolonialzeit stammenden "Reservats" dar.
 - 28) A Survey of Race Relations in South Africa, 1967, S. 92.
 - 29) Dr. Banda ist Präsident des afrikanischen Staates Malawi.
 - 30) Amtierender südafrikanischer Ministerpräsident.
 - 31) Sunday Times (Johannesburg) vom 24.5.1970
 - 32) Africa Research Bulletin - Political, Social und Cultural Series (1969), S. 1575.
 - 33) Ebd.
 - 34) Vgl. House of Assemblies Debates, 4. Februar 1969. Für weitere Einzelheiten vgl. South Africa: Resettlement - The New Violence to Africans (International Defence and Aid Fund, London 1969).
 - 35) A Survey of Race Relations in South Africa, 1969, S. 113.
 - 36) a.a.O., 1967, S. 71; 1969, S. 51.
 - 37) Chief Jonathan ist der Premierminister von Lesotho.
 - 38) A Survey of Race Relations in South Africa, 1967, S. 91.
 - 39) a.a.O., 1969, S. 105.
- (Quelle: Robert Molteno, Africa and South Africa The implications of South Africa's "outward-looking" policy. London 1971 Teil II, S.9-17)